1 S 20587 F

FRAGEN DER FREIHEIT

Folge 78

Michaeli 1969

„Der Ernst, der heilige, macht allein das Leben zur Ewigkeit".

„Wirken wir fort, bis wir, vor oder nacheinander, vom Weltgeist berufen, in den Äther zurückkehren! Möge dann der ewig Lebendige uns neue Tätigkeiten, denen analog, in welchen wir uns schon erprobt, nicht versagen! Fügt er sodann Erinnerung und Nachgefühl des Rechten und Guten, was wir hier schon gewollt und geleistet, väterlich hinzu, so würden wir gewiß nur desto rascher in die Kämme des Weltgetriebes eingreifen".

„Mich läßt dieser Gedanke in völliger Ruhe, denn ich habe die feste Überzeugung, dass unser Geist ein Wesen ist ganz unzerstörbarer Natur; es ist ein fortwirkendes von Ewigkeit zu Ewigkeit. Es ist der Sonne ähnlich, die bloß unsern irdischen Augen unterzugehen scheint, die aber eigentlich nie untergeht, sondern unaufhörlich fortleuchtet".

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

In Memoriam Diether Vogel

Michaeli 1969

An den Erzengel Michael

Michael, leuchtendster Beistand
Der Gottheit der dreifachen Sonne!
Bewährter Führer!
Mit den Engelsmächten droben
Jauchzest du voll Freude:
Heilig bist du, o Vater;
Heilig du, heiliger Logos,
Der vor allem Anfang bestand,
Und heilig der Geist auch,
In einer Herrlichkeit und einer Herrschaft,
In einer Göttlichkeit, Natur und Kraft.

Michael, Engelsfürst,
Von Feuer ist deine Gestalt
Und wunderbar deine Schönheit.
Denn ohne körperliche Hülle
Durchwanderst du die Weiten der Welt,
Die Aufträge des Allschöpfers erfüllend.
Du zeigst dich machtvoll in deiner Stärke
Und schufst einen Heilquell in deinem Tempel,
Der zu deinem heiligen Ruhme geehrt wird.

Herr, der du, wie es geschrieben steht,
Deine Engel zu Winden machest
Und deine Diener zu Feuerflammen,
Du hast als ersten, obersten Führer
Inmitten deiner Scharen bestellt
Den Erzengel Michael.
Er folgt deinem Winken, o Logos,
Und erhebt in Ehrfurcht
Den dreifach heiligen Lobgesang
Auf deine Offenbarungsherrlichkeit.

(Aus dem Griechischen)

An Michaeli verließ

Diether Vogel

den Plan seines Erdenwirkens.

HELENE VOGEL UND THOMAS

Die Geschwister:

IRMELA BECK-VOGEL
HEDWIG GREINER-VOGEL
GERTRUD HAUSSMANN-VOGEL
HEINZ-HARTMUT VOGEL
LOTHAR VOGEL

Für das Seminar für freiheitliche Ordnung:

FRITZ PENSEROT
HEINZ PETER NEUMANN
ECKHARD BEHRENS

Meisenheim, den 29. September 1969.
Herzog-Wolfgang-Straße 13 b

In memoriam Diether Vogel*

Verehrte Trauerversammlung! Liebe Freunde unseres lieben Diether Vogel!

Die Erde, der wir seine sterbliche Hülle nun übergeben, ist ein Stück seiner Heimaterde. In dieser Landschaft begann er seinen Lebenslauf, von hier aus scheidet er nun. An seiner Heimaterde hat er gehangen und blieb stärker als seine übrigen Geschwister durch sein Schicksal mit ihr verbunden. Er liebte diese Weinberge, in denen er als Knabe mit seiner starken körperlichen Kraft zur Erntezeit die schweren Traubenbütten trug. Und wer ihn einmal erlebt hat, wie er in seinem Garten grub und mit dem Spaten bedächtig Stich um Stich die Schollen wendete, während er über soziale Probleme mit einem sprach, der konnte die Empfindung haben: in der Arbeit an der Erde kamen ihm auch seine besten Gedanken. Er dachte so, wie er grub.

Und immer stärker beschäftigte ihn das Schicksal dieser Erde auch im sozialen Zusammenhang, die Probleme von Grund und Boden für ein zukünftiges brüderliches Zusammenleben der Menschen. Er studierte die Schicksale der Menschheit, vertiefte sich in die Geschichte. Ja, man hatte den Eindruck, er trug in seiner Seele, in seinem Gemüt selber noch viel Geschichte mit sich. Er schaute zurück auf Thomas von Aquino, studierte dessen drei soziale „Gerechtigkeiten". Er lebte stark in der Logoslehre des Griechentums. Im Lichte dieser Logoslehre lag die Geschichte wie ein aufgeschlagenes Buch vor ihm. „Die Idee des Abendlandes" nannte er eine umfangreiche Abhandlung, die er 1960 in den „Fragen der Freiheit" veröffentlichte. Zugleich aber war er in seinem Denken ein ganz gegenwartsbewußter Mensch, der von der Idee der Freiheit bis ins tiefste ergriffen war. Daß Freiheit des Geistes erlebbar, erkennbar war, daß diese Erkenntnis fruchtbar werden könne für das soziale Leben, das leuchtete in jedem Gespräch wie eine innere Sonne immer wieder in seinem Antlitz auf. Er trug sein gütiges Herz hinauf in diese Idee. Das liebevolle Wohlwollen, das er persönlich verkörperte, durchzog sein ganzes Sinnen und Suchen.

Er wollte seine Erkenntnisse in fruchtbare Tat verwandeln. Er konnte es nicht alleine. Er suchte Brüder. Und er fand sie. Zunächst in seinen leiblichen Brüdern, mit denen er ein Seminar für freiheitliche Ordnung des sozialen Wesens begründete, zu dem sich bald Brüder im Geiste gesellten. Dadurch entstand etwas Einzigartiges, das nun seit vielen Jahren besteht und weiterwirken wird: eine geistgemäße Sozialerkenntnis, die zeigen kann, daß die geistige Freiheit des Einzelnen zusammengeht mit Rechtlichkeit und Brüderlichkeit im äußeren Zusammenleben.

Er trug die Hauptlast dieser Arbeit und war ihr bescheidenster und selbstlosester Betreuer. Niemals wollte er etwas für sich selber. Er war ganz hingegeben

*) *Ansprache* von Wolfgang Greiner bei der Bestattung von *Diether Vogel* am 2. Oktober 1969 in Meisenheim (Rheinland-Pfalz)

der Idee. Er wollte, daß in möglichst vielen Menschen die Erkenntnisse aufleuchteten, die ihm selber aufgegangen waren. Etwas Kindhaft-Unschuldiges, das in ihm war, zeigte sich hier in opfervoller Leuchtkraft.

Diether Vogel, der viel Schmerzliches und Schweres im Leben durchzumachen hatte, der die Einsamkeit des geistig strebenden Menschen nur durch ein verstärktes Weltinteresse zum Ausgleich bringen konnte, hätte das alles nicht leisten können ohne seine treue Gattin, Helene Vogel, die ihm in der organisatorischen Arbeit stets zur Seite stand. Ihr gilt heute unser besonders warmer Dank!

Er starb am 29. September, dem Tage, der im christlichen Kalender dem Erzengel Michael geweiht ist, dem Engelfürsten, der mit seinem Sonnenspeer den Drachen bekämpft, damit die Gedanken der Menschen rein bleiben können vom Drachengift eines falschen Materialismus. Wir dürfen Diether Vogel als einen Streiter in seinem Dienste betrachten. Er wollte mithelfen, die Unmöglichkeiten und Unrichtigkeiten sozialer Begriffe, die immer weitere Katastrophen in Zukunft zeugen müssen, zu erkennen und an ihre Stelle menschen- und geistgemäße zu setzen. Dafür wollen wir ihm, da wir nun Abschied nehmen müssen, von Herzen danken. Seine Freunde und Mitarbeiter werden das Bild dieses liebe-erfüllten Streiters für die Freiheit gewiß ergänzen und sein Werk fortsetzen.

Letztes Gespräch mit Diether Vogel

(25.9.1969)

Sein eigentlichstes Element war das Gespräch. Der Dialog. Im kleinsten Kreise, wenn niemand ihn störte und wenn der Zuhörer ganz Ohr sein konnte, kamen ihm die Gedanken am raschesten und klarsten ins Bewußtsein und am leichtesten über die Zunge. Und er steigerte sich dann selbst oft im Verlaufe des Gespräches derart, daß der Zuhörer wie schwebend mitgenommen wurde in das Reich des Wahren, des eigentlich Realen, der wirkenden Ideen und so zu Überblicken gelangte, zu einer Schau von *dem* zentralen Punkte des Menschenwesens aus, die dem Alltagsbewußtsein für gewöhnlich verschlossen bleiben. Vor seinem inneren Auge muß die Welt in ihren unendlichen Erscheinungen wie transparent gewesen sein. Alle Geschehnisse in Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben wußte er unmittelbar und mit fast absoluter Sicherheit in allen ihren Bezügen und Proportionen in das Gesamtgeschehen einzuordnen, sie in ihrem geschichtlichen Standort zu bestimmen. Der Aufstand der jungen Generation zumal, der Kampf um Freiheit und Recht, dazu alle die unzähligen Irrtümer, Irrwege, Fehler, Verfehlungen, von denen man ihm gerade soeben erstmals berichtete, wurden augenblicklich in ihrem eigentlichen Kern mit einer Treffsicherheit ohnegleichen erkannt. Seine Aussagen waren im wahrsten Sinne Ur-teile!

Ganz von innen heraus, ganz von dem Punkte her, in dem Ich und Ideen identisch sind, *eines* sind, von da, wie von einem erhabenen Gipfel her, *sah* er fast buchstäblich die Zusammenhänge, die Widersprüche und die Friktionen und das Meer an Ungereimtheiten, das heute unsere Welt ausmacht. Und dann wurden seine Worte eindringlich, ja drängend, was alles geschehen müsse, damit unsere Welt nicht auseinander bricht.

Die Ordnung als solche war es dann immer wieder, der seine Sorge galt. Die Ordnung und die für die Ordnung Verantwortlichen, jene vergleichsweise kleine Zahl von Menschen, die begriffen haben oder begreifen könnten, worauf es ankommt – die Menschen nicht nur guten Willens also, sondern die Menschen klaren, eigenständigen, unabhängigen Denkens. Und dann die Menschen, die ihre besten Kräfte in den Dienst des Ganzen stellen, ohne je nach ihrer eigenen Position zu fragen. Die Tugend der Klugheit und die Tugend der Allgemeinen Gerechtigkeit – um diese beiden Tugenden ging es ihm immer wieder und vor allem anderen. Wie er denn überhaupt bei diesen Gesprächen stets alles von der Idee her sah und auf das Geistige bezog. „Wer Ohren hat zu hören, der höre" – unzählige Male hat er es gesagt, und unzählige Male hat er die flüchtigen Erscheinungen am wahren Menschenwesen und an dessen Bestimmung gemessen:

Wir müssen Logosschüler werden, Logosphilosophie treiben – alles andere ist Schall und Rauch. Wir müssen unsere Verhältnisse vom Logos her ordnen,

die Zusammenhänge studieren, den „Zauberstab der Analogie" gebrauchen lernen und denkend zum realen Denken durchdringen. Sich im Denken erleben, das Denken in sich erleben, eins werden mit dem Geiste, ohne sich doch zu verlieren. Mein Ich werde selbst das Denken, und das Denken werde Ich! Erleben wir uns auf diese Weise – so werden wir frei.

Und wir werden alsdann auch frei sein, das Rechte, das Vernünftige, das Gute in Angriff zu nehmen, zumal im Hinblick auf die zu errichtende Ordnung des sozialen Zusammenlebens.

F. P.

Aus dem Brief an einen Studenten

Meisenheim, den 25. September 1969

Lieber E.S.!

Seien Sie vielmals bedankt für Ihre interessanten Zeilen vom 24. August. Sie haben eine solche Fülle von Fragen aufgeworfen, die nicht aus dem Handgelenk beantwortet werden können. Sie gipfeln in der Freiheitsfrage und zwar in ihrem doppelten Aspekt als innere und als äußere Freiheit.

Die *innere Freiheit* ist die *eigentliche* Freiheit. Sie kann dem Menschen nicht geschenkt werden; jeder muß sie sich selbst erwerben.

Die äußere Freiheit ist die soziale Freiheit, die erst die potentielle Form der inneren Freiheit ausmacht, sie kann aber nur von *innerlich* freien Menschen geschaffen werden. Wie die innere Freiheit gewonnen wird, ist hier die wichtige Frage, um deren Beantwortung sich genügend viele bemühen müssen, soll die *äußere Freiheit* gewährleistet sein.

Es wäre schön, wenn Sie das Team intelligenter Jugend verstärken würden, welches sich dieser wichtigen Aufgabe im Rahmen des Seminars für freiheitliche Ordnung widmet.

Mit den besten Grüßen

Ihr

gez.: Diether Vogel

„Das Sterbliche dröhnt in seinen Grundfesten,
aber das Unsterbliche fängt heller zu leuchten an
und erkennt sich selbst“

Novalis.

Aus „Neue Wege freiheitlicher Politik"*

von Diether Vogel

Die freiheitliche Entwicklung der Sozialordnung braucht keineswegs am gegenwärtigen Dilemma der herkömmlichen Demokratie zu scheitern. Bei genügender wissenschaftlicher Fundierung und gründlicher publizistischer Vorbereitung wird der Verfassungsgerichtshof – wie er es in zahlreichen Fällen schon bewiesen hat – im Sinne der Menschenwürde entscheiden, handele es sich nun um die Beeinträchtigung der Freiheit in kulturellen Angelegenheiten z.B. schulrechtlicher Art oder um die Störung des Gegenseitigkeitsprinzips durch Kartelle, durch die Boden- oder die Geldordnung in der Wirtschaft. Es dürfte z. B. nicht unmöglich sein, die gewaltigen Vermögensumschichtungen von einem Bevölkerungsteil auf einen anderen, die jede Inflation und jede Deflation verursachen, als Störung des Gegenseitigkeitsprinzips und damit des *Gleichheits*grundsatzes durch die staatliche (!) Währungspolitik zu entlarven. Ebenso wird sich die mit der heutigen Bodenordnung verbundene Vermögensumlagerung – durch die Existenz und die fortschreitende Steigerung der (in die Taschen Weniger fließenden) Bodenrente – als Störung der Gegenseitigkeit und somit wiederum der *Gleichheit* nachweisen lassen.

Im Grunde ist das längst geschehen und leider wieder in Vergessenheit geraten, weil es seinerzeit noch keine Verfassungsgerichtsbarkeit gab: *John Stuart Mill* hat die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes durch die Tatsache, daß die Bodenrente in die Taschen weniger Privatleute fließt, folgendermaßen aufgezeigt:

„Kein Mensch hat das Land geschaffen. Es ist das ursprüngliche Erbteil des gesamten Menschengeschlechts." –

„Es ist für niemanden eine Bedrückung, ausgeschlossen zu sein von dem, was andere hervorgebracht haben. Sie waren nicht verpflichtet, es für seinen Gebrauch hervorzubringen, und er verliert nichts dabei, daß er an Dingen keinen Anteil hat, welche sonst überhaupt nicht vorhanden sein würden. Allein es ist eine Bedrückung, auf Erden geboren zu werden, und alle Gaben der Natur schon vorher in ausschließlichen Besitz genommen und keinen Raum für den neuen Ankömmling freigelassen zu finden." –

Schon diese wenigen Sätze zeigen ganz eindeutig, daß der Verfassungsgrundsatz der *Gleichheit* Aller vor dem Gesetz (Startgleichheit) durch die heutige gesetzliche Bodenordnung schwer verletzt wird und daß er nur erfüllt werden kann durch den gleichen Anteil aller Menschen an der Bodenernte.

Es wird weitgehend vom Eifer und der Fähigkeit der freiheitlich gesonnenen Rechtskundigen abhängen, ob der Nachweis des Verfassungsverstoßes mit der

*) Fragen der Freiheit, Folge 25 vom Dezember 1961.

notwendigen Deutlichkeit und Eindringlichkeit in allen Fällen erbracht werden kann.

Diese Politik bedarf daher umfassendster und gründlichster wissenschaftlicher Vorarbeit, denn Verfassungsklagen sollten jeweils nur angestrengt werden, wenn ihr Erfolg nach menschlichem Ermessen gesichert erscheint. Bevor geklagt wird, muß jeweils erreicht werden, daß mindestens ein Teil der Lehre in Jurisprudenz und Nationalökonomie für die freiheitliche Ordnung gewonnen ist. Das setzt unermüdliche und zähe Erkenntnisarbeit voraus! Genau an dieser Aufgabe ist die freiheitliche Bewegung seither gestrauchelt und ist in die Betriebsamkeit der Parteipolitik ausgewichen. Die wissenschaftliche Arbeit erfordert aber, wenn sie erfolgreich sein soll, nicht nur den integralen Überblick über das Ganze der soziologischen Gesetze, sondern zugleich auch eine strenge Spezialisierung auf Detailprobleme.

Die freiheitliche Bewegung braucht Forscher, die ihre Ergebnisse in einer verbindlichen und nicht emotionsgeladenen Form weiterzugeben vermögen, denn die Fragen, um die es geht, sind interessenmäßig und psychologisch außerordentlich stark belastet. Es genügt also nicht, die richtigen Erkenntnisse in den Grundzügen zu haben; sie müssen bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet sein.

Die Spezialisierung auf wenige Probleme, wie etwa die *Bodenfrage*, das Problem der *Dauervollbeschäftigung* oder die *Schulrechtsfrage*, hindert eine Gruppe daran, eine starke Partei aufbauen zu können. Parteien müssen stets um *alle* Fragen der Politik bemüht sein, um möglichst viele anzusprechen, denn sie müssen ja Mehrheiten hinter sich bringen, um politisch wirksam zu werden. Die von der freiheitlichen Bewegung angestrebten Lösungen bedeuten einen so großen Schritt vorwärts und sind deshalb dem Durchschnittsbewußtsein so neu und fremd, daß es äußerst mühsam ist, auch nur *einen* Menschen von der Notwendigkeit dieser Lösungen zu überzeugen. Das zwingt zu einem so hohen Niveau in der Argumentation, daß die übliche Parteipropaganda dagegen stark abfällt, sodaß sie nur stören kann. Wissenschaftliche Begründung – die unumgänglich ist – und Parteipolitik paralysieren sich geradezu gegenseitig. Die Erkenntnisse der freiheitlichen Sozialordnung eignen sich also keineswegs für Parteipolitik.

Der Kampf um die Freiheit hat heute in der Deutschen Bundesrepublik auf der parteipolitischen Ebene nur noch in der Umwandlung der bestehenden Parteien – nicht aber im Aufbau neuer Parteien – eine vernünftige Chance, weil die parlamentarische Regierungsform nur mit ganz wenigen großen Parteien funktionsfähig ist und kleinere gar nicht hochkommen läßt. Für die Freiheitsfreunde, die immer eine Minderheit sein werden, liegt die größere Chance heute auf der *verfassungsrechtlichen* Ebene. Das Bonner Grundgesetz räumt ihnen die Möglichkeit ein, im Rechtsstreit vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Freiheitsbeschränkungen und soziale Ungerechtigkeiten – die immer gekennzeichnet sind durch Durchbrechungen des Gleichheitsprinzips – vorzugehen.

Die Grundrechte sind das Fundament der sozialen Gesamtordnung. Sie können daher nur im Zusammenwirken aller Sozialwissenschaften sinnvoll interpretiert werden. Diejenigen, die einen Blick haben für die großen funktionellen Ordnungszusammenhänge, müssen sich daher der Aufgabe unterziehen, durch sorgfältige Interpretation der Grundrechte das Fundament einer freien und sozialen Gesamtordnung zu schaffen.

Damit bekommt die freiheitliche Bewegung ganz neue politische Aufgaben, und sie darf neue Hoffnung fassen, wird sie doch befreit vom zermürbenden Schöpfen in das Danaidenfaß, welches die Parteipolitik in der Mehrheitsdemokratie für sie bedeutet.

Die *neue Politik* wird sinngemäßer Organisation und kluger Taktik bedürfen. Man wird z. B. fakultativ mit den verschieden orientierten freiheitlichen Gruppen zusammenarbeiten: in Schulfragen mit den Schulrechtlern, in Kartellfragen mit den Kartellgegnern, in der Bodenfrage mit den Bodenreformern, in Konjunkturfragen mit den Konjunkturpolitikern. Man wird sich in die Arbeit sinngemäß teilen: Die einen werden sich auf die Schulrechtsfrage spezialisieren (wie es z. B. die „Gesellschaft zur Förderung eines freien öffentlichen Schulwesens", Eckwälden-Bad Boll, schon tut), andere werden sich vorwiegend mit der Geldfrage, der Bodenfrage usw. befassen.

*

Um eine solch vielseitige Politik zu ermöglichen, bedarf es keiner großen Organisation, sondern nur einer kleinen Gruppe entschlossener und in ordnungspolitischen und verfassungsrechtlichen Fragen ausgezeichnet bewanderter Persönlichkeiten, die in selbständiger und selbstverantwortlicher Arbeit, sich gegenseitig unterstützend, das gemeinsame Ziel der freiheitlichen Ordnung ansteuern. Der erste Schritt ist die Bildung eines *Forschungs-Teams,* das die Möglichkeiten der freiheitlichen Politik bis in die Einzelheiten klärt. Alle Freunde der freiheitlichen Bewegung sind aufgerufen und eingeladen, ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zur Bewältigung dieser Aufgabe einzusetzen, um in gemeinsamer Arbeit den Kreis von Freunden der freiheitlichen Ordnung zu kräftigen und zu erweitern und den aufgezeigten aussichtsreichen Weg mit zu beschreiten.

Aus dem

Nachwort der Manuskript-Veröffentlichung

„Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft"*

von Diether Vogel

Mit dieser zwanzigsten Folge kommt die Manuskriptvervielfältigung „Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft" zu ihrem Ende, und ich danke den verehrten Lesern für das der Arbeit entgegengebrachte Interesse. Sie wirkte als Kristallisationspunkt für das praktische Bemühen, freiheitliche Strömungen in der Politik zu „integrieren", d.h. ihnen diejenigen sozialen Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen, die sie seither übersehen hatten, wie z. B. die Notwendigkeit der Überwindung des staatlichen Erziehungsmonopols.

Noch haben wir die Freiheit, für diese Ideen zu wirken. Das uns anvertraute Wissen belastet uns zugleich mit der Verantwortung dafür, daß die Ideen Wurzel schlagen und *die* Einrichtungen zustandekommen, welche die Kontinuität der geschichtlichen Entwicklung zu sichern vermögen. Ein Zögern aus irgendwelchen theoretischen Erwägungen erscheint angesichts der politischen Entwicklungen der letzten Jahre, die infolge der Ausgestaltung der atomaren Zerstörungsmittel planetarische Ausmaße und apokalyptische Perspektiven angenommen haben, nicht mehr vertretbar. Der Mensch hat die Vollmacht erhalten, verändernd in die Verhältnisse der Erde als Planeten einzugreifen. Die Sozialordnung, die für die Art dieser Eingriffe bestimmend ist, beginnt dadurch zum Rang der Weltordnung aufzurücken. Die Verantwortung, welche die um die Lösungsmöglichkeit Wissenden tragen, hat kosmisches Gewicht bekommen ...

*) Folge 20 Seite 481

Lebensdaten

Diether Vogel, geb. 16.9.1905, gest. Michaeli 29.9.1969

Diether Vogel war der älteste von sechs Geschwistern. Die ersten wesentlichen Eindrücke erfuhr er im elterlichen protestantischen Pfarrhaus auf dem Lande im damaligen Oberhessen und Rheinhessen.Schon als Knabe galt sein tätiges Interesse der Landwirtschaft. Nach gründlicher praktischer Ausbildung auf verschiedenen Höfen folgte das Studium an den landwirtschaftlichen Hochschulen in Bonn-Poppelsdorf und Stuttgart-Hohenheim (1923/26). In die Hohenheimer Zeit fällt die erste Begegnung mit dem Gedanken der Dreigliederung des sozialen Organismus von Rudolf Steiner durch die damaligen öffentlichen Vorträge von Dr. Walter Johannes Stein in Stuttgart (1925). In den an das Studium anschließenden Wanderjahren erlebte er die ganze Schwere der von 1929 bis 1934 dauernden Weltwirtschaftskrise. Es sind die Jahre, in denen durch bittere eigene Lebenserfahrung, aber auch durch gleichzeitiges intensives Studium der Geschichte der sozialen Bewegung der Grund gelegt wurde für das spätere Wirken im Dienste der sozialen Erneuerung. Gegen große äußere Widerstände kommt es zur Gründung des eigenen Betriebes mit Wein- und Gartenbau und Fruchtsaftkelterei.

Für das Durchschauen der wirklichen Triebkräfte, Versäumnisse und Anachronismen, die zum ersten und zweiten Weltkrieg führten, war der Blick geschärft. Während des Krieges reifte der Entschluß heran, alle Kräfte der Erkenntnis der wahren sozialen Zusammenhänge und Lebensnotwendigkeiten zu widmen.

So begann Diether Vogel nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft mit seiner großen Arbeit „Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft". Sie erschien Anfang der 50er Jahre als Manuskriptdruck in 20 Folgen und wurde zum Fundament und bleibenden geistigen Dokument seiner Lebensbemühungen.

Die Ereignisse der folgenden Lebensabschnitte sind die ersten Früchte dieser Bemühungen. Nachdem Diether Vogel schon in den 20er Jahren mit den Schriften Silvio Gesells bekanntgeworden war, fand die Begegnung mit Otto Lautenbach statt. Es kam zur Mitbegründung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V., Heidelberg, 1953, und zur freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den führenden Persönlichkeiten der Freiwirtschaftsbewegung. In dieser Zeit beginnt eine zunehmend ausgedehnte Korrespodenz mit namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, deren Eintreten für die Freiheit zum Kontakt mit den eigenen Bestrebungen führte.

Die Begründung und Mitherausgabe der Schriftenreihe ‚Fragen der Freiheit', sowie die Mitautorenschaft in der von Friedrich Salzmann, Bern, herausgegebenen Sammelschrift „Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft" fällt in das Jahr 1956. Es folgt die Gründung des Seminars für freiheitliche Ordnung

von Kultur, Staat und Wirtschaft, dessen Arbeitstagungen und Kolloquien vom 1. Seminar in Stuttgart im Jahre 1958 bis zur 23. Tagung in Herrsching/Ammersee 1969 neben der Redaktion der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit" und der Mitarbeit bei verschiedenen anderen soziologischen Zeitschriften seine Lebensarbeit wurden.

Neben Veröffentlichungen auch in anderen Zeitschriften erschienen in FRAGEN DER FREIHEIT seit 1956 von DIETHER VOGEL nachstehende Aufsätze und Artikel:

	Heft
Die Krisis des Erziehungswesens	1
Freiheit der Kultur – eine dringende Forderung der Gegenwart	1
Gedanken zur freien Erwachsenenbildung	1
Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur	2
Bewußtseinsstufen des Menschen	3
An der Schwelle des Atomzeitalters	4
Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen?	4
Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie	4
Forderungen an unser Bildungssystem	4
An die sich verantwortlich Fühlenden	4
Denkmethode und Sozialpolitik	5
Freiheit – Illusion oder Wirklichkeit?	7
Die neue Weltmacht	7
Freiheit, Bildung und Organisation im deutschen Bildungswesen	8
Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode	9
Alexis de Tocqueville (zu seinem 100. Todestag am 16.4.1959)	9
Pierre Joseph Proudhon zu seinem 150. Geburtsjahr	10
Der Ursprung des Geldes im Mythos	11
In Memoriam Hans Bernoulli	11
Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens	12
Das Trinitätsgesetz im Lichte von Goethes „Märchen" von der grünen Schlange und der schönen Lilie	16
Die Idee des Abendlandes – Vom Hellenentum zum Goetheanismus	18/19

Rudolf Steiner und die Gegenwart 20
Über die Goetheanistische Erkenntnismethode 21
In memoriam Alexander Meier-Lenoir 21
Der Mensch im Lichte der Goetheanistischen Erkenntnismethode 22
Neue Wege freiheitlicher Politik (Die gegenwärtige Situation der freiheitlichen Bewegung und ihre Chance) 25
Max Stirner, der Ich-Philosoph 27
Die Idee der Gerechtigkeit bei Thomas von Aquino 29
Erkenntnisfrage – Schicksalsfrage 31
Alexander Rüstow gestorben 35
Die zentrale Idee der abendländischen Kultur 37
Über Verfassung und demokratische Volksvertretung 37
In memoriam Otto Lautenbach 39
Nicolaus von Cues 40
Professor Dr. Dr. h.c. Hans Carl Nipperdey 70 Jahre 43
In memoriam Ernst Knoll 43
Die Gegenwartsprobleme im Lichte der neueren Geschichte 47/48
Die freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft als Konsequenz der abendländischen Geistesströmung 50
Professor Dr. Paul Heinrich Diehl 80 Jahre alt 50
Das Wesen der Verfassung 54/55
Ohne Erkenntnissicherheit keine menschenwürdige soziale Ordnung 56/57
Die Kulturkrisis als Bewußtseinsproblem 69
Nationalrat Werner Schmid, Zürich – 70 Jahre 71
Wir trauern um Hans Carl Nipperdey 72
Versohiedene Rezensionen.

Forumgespräch
über die
Interdependenzen innerhalb der Sozialordnung*

Eckhard Behrens: Jahr für Jahr machen wir im Rahmen dieser Tagung den Versuch, die Zusammenhänge darzustellen zwischen den einzelnen Teilen der Sozialordnung, d.h. den Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsordnung und der Staatsordnung, zwischen der Wirtschaftsordnung und der Kulturordnung, zwischen der Staatsordnung und der Kulturordnung. Die Beachtung der gegenseitigen Beeinflussung der Ordnungsstrukturen ist ein nicht unwesentlicher Teil unseres Verständnisses der Sozialordnung als Ganzes.

Dr. Heinz-Hartmut Vogel: Wenn eben von den drei Bereichen gesprochen worden ist – vom Kulturbereich, Rechtsbereich, Wirtschaftsbereich – ist uns das ja allen durch die Wirklichkeit durchaus anschaulich, indem wir als wirtschaftlich Interessierte, d.h. als Konsumenten und Produzenten, an der Wirtschaft unmittelbaren Anteil nehmen. Dasselbe können wir auch vom Kulturleben sagen, in dem wir einerseits Ideen konzipieren oder entwickeln – wie wir das hier ja auch miteinander getan haben – und das dringende Bedürfnis empfinden, diese Ideen auch darzustellen und Menschen zu gewinnen, die mit uns übereinstimmen, was ja ein Urbedürfnis des geistig-schöpferischen Menschen ist. Schriftsteller, Lehrer, Forscher, Künstler zu sein, das sind Spontanbedürfnisse der Individualität. Andererseits hat man ein Bedürfnis, sich zu bilden, von der Orientierung an bis dahin, daß man sich für etwas interessiert; man sucht einen Menschen, der einem weiter hilft, man sucht einen Lehrer oder gar seinen Meister.

Wenn wir also von drei Gebieten sprechen, die eine gewisse Eigentümlichkeit und Ausdehnung haben, dann ist aber doch immer eines dabei, was das Ganze verbindet, nämlich der Mensch und zwar unter Umständen immer derselbe Mensch, der in der Wirtschaft stehen kann, der im Kulturleben stehen kann, der aber auch im Rechtsleben daran interessiert sein muß, daß diese Bereiche so geordnet sind, daß er sich als Persönlichkeit, als freier Mensch, als originärer Mensch in diesen Gebieten: im *Kulturellen* in einer Schule, in einer Hochschule oder im *Wirtschaftsbetrieb* als initiative Persönlichkeit entfalten kann. Das Verbindende dieser drei Gebiete des gesamten sozialen Organismus ist also immer der Mensch, sodaß auch die Ordnung der drei Gebiete – wie es auch heute morgen von Lothar Vogel dargestellt wurde – von der Grundstruktur des Menschen auszugehen hat, damit er in diesen drei Bereichen sich eben als Mensch entfalten kann. Und da haben wir schon die *Ur-Interdependenz.*

*) Herrsching, 11. August 1969, am letzten Abend der diesjährigen Sommertagung des Seminars für freiheitliche Ordnung.

Dr. Lothar Vogel: Man kann vielleicht noch hinzufügen, daß man diese Zusammenhänge, *diese Einheit des Ganzmenschlichen, doch so auffassen muß, daß* dasjenige, was im Menschen das Rechtliche ist, und dasjenige, was im Menschen das Interesse am Wirtschaftlichen ist, und dasjenige, was im Menschen das Kulturbedürfnis ist, – daß das jeweils in einer gewissen Eigenständigkeit besteht und daß diese drei Sphären nicht miteinander absolut vermischt sein können. Sie beziehen sich zwar aufeinander, sie durchdringen sich auch bis zu einem gewissen Grade, aber sie vermischen sich nicht miteinander.

Wir haben im Organismus ja auch diesen Zustand, daß wir zum Beispiel zeigen können, das Nervensystem ist am stärksten im Gehirn ausgebildet, doch strahlen die Nerven durch den ganzen Organismus, und dennoch ist das eindeutige Zentrum des Bewußtseinsorgans das Haupt. Das Blut und der Blutkreislauf durchziehen zwar den ganzen Organismus, aber dennoch ist der bestimmte Raum des Herzens der, wo das Blutelement dominiert. Und als Drittes: das Stoffwechselsystem muß zwar den ganzen Organismus ernähren, aber ganz eindeutig ist das Zentrum des Stoffwechselsystems herausakzentuiert unterhalb des Zwerchfells im Bauchraum; es hat ebenfalls seinen eigenen zentralen Raum. Und man kann sich nicht vorstellen, daß eine Darmschlinge z. B. durch eine etwa zu denkende Zwerchfellhernie in den Blutraum geht. Das würde die schlimmsten Störungen bringen – oder gar eine Darmschlinge, die sich ins Gehirn verirrt... Also, das noch einmal zu diesen Interdepedenzgedanken: die verschiedenen Sphären sind deutlich getrennt und stehen doch miteinander in Verbindung.

Das scheint mir auch im Hinblick auf das Soziale nun so interessant. Selbstverständlich muß eine Hochschule wirtschaftlich fundiert sein, selbstverständlich muß die Rechtsorganisation sowohl geistig als wirtschaftlich fundiert sein. *Aber nie dürfen die Sphären völlig zu dem zusammengemengt werden, was man* den alten absoluten Einheitsstaat nennen könnte. Das ist jetzt das neue Problem. –

Eckhard Behrens: Ja, ich meine diesen Einheitsstaat sollte man bei dieser Gelegenheit etwas näher anschauen, um dann zu zeigen, wie sich die Dinge in einer freiheitlichen Sozialordnung stärker differenzieren und daß diese Differenzierung um unserer Freiheit willen nötig ist.

Der totalitäre Staat, der Staat, der dem Bürger keine Freiheit läßt, der eine vollständige Herrschaft über den Menschen beansprucht, tut das nicht nur im unmittelbar rechtlichen (staatlichen) Bereich. Er beansprucht nicht nur ein totales Unterworfensein des Menschen unter die staatliche Herrschaft, sondern der moderne totalitäre Staat ist insofern konsequent, als er für sich die Lenkung des Wirtschaftsprozesses in Form einer irgendwie gearteten Zentralverwaltungswirtschaft beansprucht oder jedenfalls die Möglichkeit, hineinzuregieren in den wirtschaftlichen Bereich durch Organisationen, die in jedem Betrieb an jedem Arbeitsplatz vertreten sind und sich bemühen, die Menschen gesellschaftlich

zu organisieren, um einen Einfluß zu haben in diesen Bereichen. Kaum ein totalitärer Staat existiert längere Zeit, wenn er sich nicht bemüht, die Wirtschaft staatlich in den Griff zu bekommen, damit es den Menschen nicht möglich ist, *eine Existenz zu führen außerhalb des Staatsverbandes*, des Verbandes von „Volk und Staat", wie man im Dritten Reich gesagt hat. Es soll niemand privatisieren können, indem er irgendwo in einem Wirtschaftsbetrieb den Beruf eines Buchhalters ausführt und sich damit separiert vom sogenannten Volksganzen. – Diese Tendenzen haben wir in der Geschichte erlebt.

Entsprechendes gilt für das Verhältnis eines totalitären Staates zur Kultur. Wie wir alle wissen: Ein totalitärer Staat kann sich ein freies Kulturleben überhaupt nicht leisten, weil die Freiheit des Geisteslebens den Abbau der totalitären Herrschaft sofort zur Folge hat. Menschen, die frei denken, frei reden können, argumentieren ja in unglaublich kurzer Zeit sofort gegen die totalitäre Macht des Staates. Wir sehen hier einen gewissen Sachzwang, wie eine solche Ordnung sich anfängt abzurunden und einen gewissen Gesamtcharakter bekommt, der von Anfang bis zum Ende alle Teile der Sozialordnung durchzieht.

Dr. Heinz-Hartmut Vogel: Dazu vielleicht noch folgende Bemerkung: Es ist klar, daß dieser totalitäre Staat das natürlich mit außerordentlich humanitären propagandistischen Redensarten tut, z. B. mit dem Begriff „Volksgesundheit" oder mit dem Begriff „Volksbildung" oder „Kraft durch Freude", d.h. der Staat *ist ja nicht so naiv, daß er sagt: „Ich will Euch tyrannisieren, ich will Euch beherrschen"*, nein, er sagt vielmehr: „ich habe ganz menschheitliche, wunderbare Dinge, wirtschaftliche Dinge für Euch vor, Ihr sollt ja glücklicher werden. Ihr sollt geschützt werden vor Scharlatanen, vor ganz primitiv ausgebildeten Ärzten. Deshalb tue ich das ja für Euch, daß diese Hochschulinstitute Ärzte ausbilden, daß ich sie kontrolliere und sie mit einem hochqualifizierten Stempel versehe. Dann könnt Ihr sicher sein, daß Euch nichts mehr passiert". Der Staat bedient sich also humanitärer Redensarten, um – oft dem Einzelnen garnicht so bewußt – das Ganze in der Hand zu behalten und das auf allen Gebieten. Wenn er klar aussprechen würde, daß er die Leute tyrannisieren wollte, dann würde man das ja sofort merken.

Und nun gilt dasselbe auch für die Wirtschaft. Er sagt: es geht nicht, wir haben es ja gesehen, wenn wir den Einzelnen initiativ werden lassen. Dann arbeitet er nur in seine Tasche. Er stört das Volksganze, er ist ein Egoist, er arbeitet ja nicht für die Bedürfnisse des Ganzen. Also müssen wir dafür sorgen, daß wirklich für die Bedürfnisse aller gearbeitet wird. Und schon haben Sie das Rezept: alle Macht der Gesellschaft, und die Gesellschaft ist dann sozusagen der Garant dafür, daß jedem das Seine auch zukommt. Und jetzt kommt das große Problem: wer macht das, wer verteilt das, und wo ist nun der von uns erstrebte freie Mensch, der in der Wirtschaft initiativ werden könnte?

Dr. Lothar Vogel: Müssen wir nicht herausarbeiten: auf der einen Seite die *berechtigten Interdependenzen* und auf der anderen Seite die *unberechtigten*

Übergriffe, die man nicht Interdependenzen nennen dürfte? : Die müßte man totalstaatliche Einheitsbestrebungen oder absolutstaatliche... *Eckhard Behrens:* Verfilzungen... *Dr. Lothar Vogel:* ...nennen, zum Beispiel, wenn die Wirtschaft sich mit dem Staat identifiziert und es fertig bringt, Gesetze so zu gestalten, daß dabei wirtschaftliche Interessen maßgebend sind, *einseitig* wirtschaftliche Interessen. Dazu möchte ich auch noch ein Beispiel anführen, nämlich, wie auf dem Gesetzeswege Pflanzenschutz propagiert wird und beispielsweise von Flugzeugen kraft Gesetzes – durch den Lobbyismusübergriff der Wirtschaft in das Gesetzliche – Maikäfer vertilgt werden mit DDT, wo überhaupt keine da sind. Nicht die Maikäfertötung ist also das Entscheidende, sondern die Tatsache, daß diese Industrie ihr Produkt an den Mann bringt. Also hier sieht man, wie die Wirtschaft anfängt, in chaotischer Weise Gesetze zu machen, und wie das Gesetz ganz passiv sich bestimmen läßt von der Wirtschaft, wodurch Monsterzustände entstehen. Das also ist nicht Interdependenz, sondern Chaos. – Hier mischt die Wirtschaft sich ins Recht hinein und korrumpiert die Rechtssphäre.

Eckhard Behrens: Wir sollten jetzt, damit wir systematisch vorgehen, einmal die umgekehrte Frage stellen: wie ist es, wenn der Staat sich in die Wirtschaft hineinverfilzt? Man könnte vielleicht doch noch einmal den umgekehrten Fall ebenso deutlich herausarbeiten. Würden Sie das bitte tun, Herr Penserot.

Fritz Penserot: Das Ordnungsprinzip des Staates ist die Gleichheit. Der demokratische Staat kann nur nach dem Prinzip der Gleichheit vorgehen. Wenn er dieses Rechtsprinzip der Gleichheit verläßt, dann entsteht in den Bereichen der Kultur und Wirtscahft das Chaos. Sie können persönliche Initiative, die im Unternehmertum wirksam wird, nicht nach diesen Prinzipien der Gleichheit ordnen, das geht nicht. Die persönliche Initiative fällt dann weg, dann ist es mit der Gestaltungsfreiheit, die notwendig ist für den Wirtschaftsbetrieb, zu Ende. Wenn Sie das Prinzip der Freiheit, des freien Hereinholens von neuen Gedanken im Geistesleben, wenn Sie das durch den Gleichheitsgedanken – der dann wirksam wird, wenn der Staat in das Geistesleben hineinwirkt – verdrängen ... oder mit anderen Worten: wenn Sie diesen Zustrom neuer Gedanken abschneiden durch das Prinzip der Gleichheit, das aus dem Staatlichen kommt, dann ist es auch mit der Grundvoraussetzung für das kulturelle Leben vorbei.

Jetzt weiß ich nicht, ob es erlaubt ist, noch einen weiteren Gedanken, nämlich den Gedanken, der auf Thomas von Aquin zurückgeht, anzuführen. Thomas von Aquin hatte folgenden Grundgedanken, der für die Gliederung des Sozialebens in die drei Teilbereiche Kultur, Staat und Wirtschaft maßgebend ist. Die vielen einzelnen Menschen können nur dann in Frieden und im Sinne der Gerechtigkeit miteinander auskommen, wenn der Einzelne nicht ein Übergewicht über den Anderen erlangt. Das ist der Gedanke der Gleichgewichtigkeit oder, wie Proudhon sagte: „Die Gegenseitigkeit ist die Formel der Gerechtigkeit"... Thomas von Aquin sagte vor 700 Jahren: „Tauschgerechtigkeit" zwischen den einzelnen Menschen muß Austauschgleichheit der Leistungen sein; es muß „Tauschgerech-

tigkeit" herrschen, nur dann kann der Einzelne den Anderen wirtschaftlich nicht übervorteilen.

Der zweite Gedanke des Thomas von Aquin ist der: Das Allgemeine, das Ganze, das Zusammenleben der Menschen kann nur gedeihen, wenn jeder Einzelne seine besten Kräfte für das Ganze zur Verfügung stellt. Diese besten Kräfte, die er für das Ganze zur Verfügung stellen muß, damit es nicht auseinanderfällt, nennt Thomas von Aquin die „hauptsächlichste oder allgemeine Gerechtigkeit", die „justitia generalis". Und die Voraussetzung für diese „hauptsächlichste Gerechtigkeit", dafür, daß der Einzelne seine besten Kräfte zur Verfügung stellt für das Ganze, ist, daß er die nötige, bürgerliche Freiheit hat, geistig frei tätig sein zu können, damit er die Gedanken herunterholen kann in unser menschliches Dasein, damit sie für das allgemeine Beste auch zur Wirksamkeit kommen können. Das ist also der zweite Gedanke: die Beziehung des Einzelnen zur Gesamtheit muß auf der Basis der „hauptsächlichsten Gerechtigkeit", zu der die Freiheit die wesentlichste Voraussetzung ist, möglich werden.

Der dritte Gedanke von Thomas ist, daß das Ganze, daß die Rechtsgemeinschaft als Ganzes, dem Einzelnen auch die Möglichkeit geben muß, genauso wie der Andere tätig sein zu können. Das nennt Thomas von Aquin die „verteilende Gerechtigkeit", „justitia distributiva". Das ist das, was wir heute in unserer Politik die Gleichheit, wie sie in der französischen Revolution auch gemeint ist, nennen. Diese gleichen Rechte muß die Rechtsgemeinschaft als Ganzes dem Einzelnen zuteilen.

Wenn wir einen Schritt weitergehen, dann finden wir die Metamorphosen des Thomas'schen Gedankens von der Tauschgerechtigkeit, von der Freiheit und von der Gleichheit wieder in der Französischen Revolution, wo sie auftaucht als die *Freiheit* – und damit ist primär auch wieder die geistige Freiheit gemeint – und als die *Gleichheit* – Gleichheit aller vor dem Gesetz – und als die *Brüderlichkeit* – so nennt sie die Französische Revolution – damit eben jene Gleichgewichtigkeit zwischen den Einzelnen entstehen kann. Der Fehler, den die Französische Revolution gemacht hat, und da sind wir nämlich wieder bei dem Thema der Interdependenz, daß aus der Französischen Revolution heraus nicht die Dreigliederung in Freiheit, Gleichheit und Tauschgerechtigkeit konsequent durchgeführt worden ist, sondern daß der Gedanke der Jakobiner – der der Gleichheit – dominant wurde. Und dieser Gedanke der Egalität hat dann alles andere überwuchert, und unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit fielen die Köpfe auf der Guillotine. Das ist eine extreme Form des Überwucherns des staatlichen Prinzips der Gleichheit über die beiden anderen Prinzipien der Freiheit und der Tauschgerechtigkeit.

Dr. Heinz-Hartmut Vogel: Es ist jetzt der Schwerpunkt gelegt worden auf das staatliche Prinzip, daß der Staat, wenn er wirklich sein Prinzip ernst nimmt, auf unbedingte Gleichheit achten muß. Wenn aber diese Gleichheit überbordet aus dem staatlichen Bereich heraus in das Kulturelle und in das Wirtschaftliche,

dann wird das Ganze im Geistigen uniform und im Wirtschaftlichen – ja was wird es ? Es wäre ganz wertvoll, wenn wir uns einmal auf das Wirtschaftliche konzentrieren, wenn wir den Gleichheitsgedanken, der im Rechtlichen so unbedingt notwendig, ja fundamental ist – gleiches Recht für alle –, jetzt übertragen auf die Wirtschaft und versuchen, dort diesen Rechtsstandpunkt zu realisieren. Wenn wir in den ökonomischen Verhältnissen die Gleichheit verwirklichen wollten auf unmittelbarem Wege, dann würden wir eigentlich konsequent eine Verteilung der Wirtschaftsgüter nach dem Prinzip haben, wie es der Kommunismus fordert: jeder nach seinen Bedürfnissen, jedem nach seinen Fähigkeiten; das heißt, im Grunde bekommt jeder das Gleiche. Der ganze gemeinsame Arbeitsertrag der Wirtschaftsgruppen muß haargenau gleich verteilt werden. Wenn man das konsequent zu Ende denkt, dann ist das eigentlich die Versorgung einer Armee von Soldaten mit gleichen Kochgeschirren. Würde das Gleichheitsprinzip konsequent verwirklicht in der Wirtschaft, dann hätten wir ein Zuteilungssystem, selbst wenn die Wirtschaft florieren würde durch ungeheure Arbeit; wir müßten alle Uniformen tragen, Eßnäpfe haben und die schwarze Suppe der Spartaner essen. Dadurch würde vielleicht der Gleichheitsgrundsatz konsequent in der Wirtschaft verwirklicht.

Manfred Klein: Ja, ich bin, weiß Gott, kein Freund des Kommunismus, aber ich glaube, hier ist ein wenig falsch interpretiert worden. Selbst wenn man ganz einfach von dem Satz ausgeht, „Jeder nach seinen Bedürfnissen", kann man ja auch davon ausgehen, daß die Bedürfnisse nicht gleich sind. – Im Endziel....

Dr. Lothar Vogel: Darf ich dazu etwas sagen. Es ist ganz richtig, tatsächlich sind die Bedürfnisse nicht gleich, aber bei Karl Marx sind die Bedürfnisse gleich gedacht, denn Karl Marx ist in seiner Zeit noch Anhänger der sehr positivistisch eingestellten Naturwissenschaft gewesen. Er hat im wesentlichen sehr stark auf die physische Natur des Menschen geblickt, und auf dieser Basis kommt er in etwa zu den gleichen Werten. Also darin liegt doch eine Systemschwierigkeit des Kommunismus. Sie haben vollkommen recht, daß es tatsächlich nicht stimmen kann und daß man das heute allgemein einsieht. Aber aus dem Positivitisch-Naturwissenschaftlichen hat man einmal gemeint – und deshalb konnte man so kühne Pläne aufstellen –, daß man den Gleichheitsgedanken auf die physische Natur des Menschen doch weitgehend anzuwenden in der Lage wäre. Und tatsächlich ist ja auch das Gleichheitsprinzip angewandt, denn der Kommunismus oder der Bolschewismus, wie er sich jetzt entwickelt hat, geht unmittelbar von der Ökonomie aus und will diese Ökonomie vom Staatsgedanken und vom Gesellschaftsgedanken aus lösen.

Manfred Klein: Nun ja, aber schon bei Stalin hat der Gedanke des Überbaus große Bedeutung gewonnen und ist später noch weiter entwickelt worden, so daß man in der Weiterentwicklung des Kommunismus diese weitergehende Interpretation einschalten muß, um gerecht zu sein. –

Dr. Lothar Vogel: Ja, und da kommen dann Dinge hinzu, die den Kommunismus nur noch mehr in Frage stellen, weil er nämlich dann die Gesinnungsbewährung zu seiner neuen Hierarchie heranzieht, und diese Gesinnungsbewährung honoriert. Mit der Honorierung der Gesinnungsbewährung kommt eine Art religiös-dogmatisches Element herein, und nun sind die Dämme durchbrochen für die völlige Willkür einer einzigen Klasse. Also, die Dinge sind so konsequent, sie fangen beim Gleichheitsgedanken an und wachsen sich dann aus vom Staatsdenken her, indem nun tatsächlich die Kultursphäre und die Produktionsinitiative in das Staatsreglement hereingenommen werden. Das Ganze wird zur Religion erklärt, das heißt zur verbindlichen Ordnung, und damit wird alles sanktioniert.

Ich wollte doch zu diesen ausgewogenen Interdependenzideen noch sagen: Es wäre immer wieder interessant, herauszubekommen:

1.) wann ist zum erstenmal die Idee „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" aufgekommen?

2.) warum ist sie zunächst niemals verwirklicht worden?

Aus der abstrakten Vorstellung heraus kann man ja nichts verwirklichen. Es leuchtet uns unmittelbar ein, daß eine solche idealistische Proklamation irgendwie in der Realität auf Schwierigkeiten stoßen muß. Ich wollte noch einmal darauf eingehen, daß unmittelbar vor Ausbruch der Französischen Revolution der französische Humanist und Philosoph Saint Martin – der übrigens sehr stark auch nach Mitteleuropa hereingewirkt hat in die Bereiche der Deutschen Romantik– der erste war, der in einem französischen Klub die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ausgesprochen hat.

Und nun sieht man, zuerst wird die Gleichheit über das Ganze gespannt in einer Art Prokrustesbett-Methode. Dann wird die Freiheit, und zwar wieder besonders im Hinblick auf wirtschaftliche Interessen, nicht die Freiheit im Hinblick auf Ideenentwicklung, postuliert. Es kommt der laissez-faire-, laissez-aller-Liberalismus zum Zuge, und dann schließlich erst wird die Brüderlichkeit, eigentlich als bloße moralisch abstrakte Forderung erhoben. Vor solcher Problematik stehen wir bis zum heutigen Tag, und nie hat man gefragt, in welche Bereiche gehören denn die drei Ideale, man hat diese Dinge nie richtig geklärt.

Und wenn Sie jetzt einmal auf das heutige Rußland sehen, dann müssen Sie schon sagen, das gesellschaftliche Ideal, das der Kommunismus an sich als Sozialismus verwirklichen möchte, macht alles zu staatlichen Impulsen, zu staatlichem Gebiet, alles Leben; ob er dabei „gleich" verfährt, ist schon lange nicht mehr wichtig. In Amerika dagegen sehen wir viel stärker, daß die Wirtschaft den Staat in der Hand hat. Der Lobbyismus versucht die Gesetze zu bestimmen. So entsteht jene Ungleichgewichtigkeit, weil die Dinge nicht systemimmanent im eigentlichen Bereich gehalten werden.

Wenn man sich jetzt einmal nur den Wirtschaftskörper betrachtet, der ja für unsere ganze moderne Lebensform das entscheidende Gebiet im Grunde genom-

men ist, dann sehen wir, daß innerhalb dieser Wirtschaft sich noch einmal in der unternehmerischen Leitung etwas ausbildet – das hat Herr Penserot eben schon gesagt – was eigentlich der geistigen Initiative im Ganzen entspricht: daß man in der Produktion am Naturpol ansetzt zum eigentlichen Werte-schaffen, im Bereich der Konsumtion diese Werte verbraucht, während man in der Zirkulation und in ihrer Dynamik vielleicht etwas hat, was dem Rechtsgeschehen verwandt ist. In dem Problem, inwiefern diese mittlere Sphäre wirklich noch einmal eine Wiederholung des Rechtsprinzips im Wirtschaftlichen ist, glaube ich, stecken noch manche offene Fragen.

Eckhard Behrens: Das ist das Interessante, was ja auch in den Ausführungen von Herrn Heidt anklang, daß die drei großen Sozialbereiche durchaus noch in sich gegliedert sind und mit gewissen Spiegelungen wiederkehren. Aber ich glaube, es ist im Moment nicht so wichtig, das im Einzelnen auszuführen. Wir sollten uns noch etwas mehr mit der Frage befassen: Wie steht nun eigentlich der staatliche Bereich zum wirtschaftlichen Bereich? Was ist hier im Sinne einer funktionsfähigen Ordnung, einer Ordnung im Sinne des Menschen, also einer Ordnung, die das Antlitz des Menschen trägt, wie Dubcek so schön gesagt hat? Welche Prinzipien müssen dabei beachtet werden?

Für den Bereich Staat und Wirtschaft ist eines klar: Der Staat soll nicht hineinintervenieren in den wirtschaftlichen Prozeß, indem er unmittelbar wirtschaftliche Anordnungen gibt. Tut er das, dann kann er es in einer Wirtschaft, die im Prinzipiellen freigelassen ist zu einer Marktwirtschaft, nur durch sogenannte dirigistische Maßnahmen oder durch Subventionen – immer durch Maßnahmen, die das Gleichheitsprinzip verletzen, die sich nur rechtfertigen lassen und heute immer gerechtfertigt werden mit irgendwelchen ökonomischen Zweckmäßigkeitenserwägungen usw., mit irgendwelchen Ungleichgewichten, die wir in der Sozialordnung irgendwo antreffen. Aber es geht nie ab ohne eine Verletzung des eigentlich vom Staat einzuhaltenden Gleichheitsprinzipes.

Nun kommt eine interessante Rückkoppelung. Hat der Staat überhaupt das Recht, in den Wirtschaftsprozeß hineinzuintervenieren? – Unserem heutigen Staat gestatten wir dieses – dann ist es gar kein Wunder, wenn die wirtschaftlichen Interessenten versuchen, ihrerseits in den Staat hineinzuintervenieren – in das staatliche Gesetzgebungsverfahren und in die staatlichen Verwaltungsbehörden –, um auf diese Einfluß zu nehmen, damit der Staat in den wirtschaftlichen Prozeß in einer Art und Weise eingreift, diesen wirtschaftlichen Interessen zu genügen. Das ist der eine nicht ganz unwesentliche Punkt: Gestattet sich der Staat die Intervention, dann wird die Intervention von wirtschaftlichen Interessen auch in Anspruch genommen. Wir haben einerseits eine Verletzung des staatlichen Gleichheitsprinzipes; die Intervention ihrerseits verzerrt die immanente Gesetzmäßigkeit der marktwirtschaftlichen Ordnung, und wir haben auf diese Weise wiederum an vielen Stellen Verletzungen des Prinzips der Tauschgerechtigkeit. Denken Sie nur an die Einflüsse, die z.B. gegenüber dem Bergbau

und der Landwirtschaft ausgeübt worden sind; z. T. auch, weil diese Bereiche noch nicht funktionsfähig geordnet waren. Das sind interessante Rückkoppelungen, die eintreten, und wie befreit sich der Staat vom Einfluß der Wirtschaft? Indem er nicht interveniert. Wie befreit sich die Wirtschaft vom Einfluß des Staates? Indem sie auf staatliche Interventionen nicht drängt. Nun wird innerhalb der Sozialordnung als Ganzes allerdings derjenige, der die Vernunft zu wahren hat, der Staat sein. Und wie kommt der Staat zur Vernunft?

Dr. Heinz-Hartmut Vogel: Jetzt taucht ja die Frage auf: welche Aufgabe hat nun aber der Staat in Bezug auf die Wirtschaft? Wenn er nicht intervenieren darf, wenn er nicht zugunsten einzelner Wirtschaftsgruppen und Interessenten eingreifen darf, um auch nicht diese Reaktion, die da geschildert wird, diesen Lobbyismus herauszufordern, was ist nun seine Aufgabe? Und jetzt könnte man ganz generell sagen – das entspricht durchaus dem Gleichheitsprinzip –: er hat durch seine Gesetzgebung den Rahmen zu schaffen für gleiche Chancen für Alle (Chancengleichheit). Jetzt könnte man ja sagen, gleiche Chancen für Alle haben wir ja heute; wir merken aber sofort, daß die Startgleichheit nicht da ist, sondern der eine hat von seinem Vater eine Fabrik mit einem ungeheuren Kapital geerbt, der andere ist geboren in einer Dachkammer und besitzt nichts. Der eine ist geboren als Feudalherr über Länder – man denke an Thurn & Taxis – der andere ist geboren wie unsereiner, wie die meisten von uns, in einer Mietwohnung, die man kaum bezahlen kann. Also gleiche Startbedingungen in der Wirtschaft, das ist eine Rechtsforderung, die wir an den Staat stellen müssen und unbedingt zu stellen haben.

Und jetzt ist das Problem: wodurch sind die heute vorhandenen ungleichen Startbedingungen gegeben? Das hat ja Herr Müller in Bezug auf das Bodenproblem in eindrucksvoller Weise dargestellt. Denken wir an die Kartoffelbauern von Berlin, die ein Äckerchen in Tempelhof hatten und dann Millionäre wurden. Und heute ist es in Stuttgart nicht anders; ja, es ist sogar in dem kleinen Dörfchen Eckwälden nicht anders, da werden die Bauern reich, wenn sich nur eine ganz schlechte Wiese in Bauland verwandelt. Wer hat den Reichtum, den Wert des Bodens, eigentlich erzeugt? Die Umgebung, die Sozietät, die Gesellschaft als Ganze! Also der Grund und Boden ist das eine, was die Chancengleichheit verhindert; und jetzt kommt das andere, nämlich das Kapital, das Geld- und Produktionskapital. Das ist auch mit einem Privileg versehen. Das ist etwas, das, um es wirklich ganz zu fassen, einen langen Atem braucht: bis man es funktionell gefaßt hat, bis man erkennt, daß das Geld ein Grundmonopol darstellt, wie der Boden ein Grundmonopol ist. Es bestehen also zwei Privilegien, sodaß, wer sie besitzt, eine Vormachtstelung vor allen denen hat, die sie nicht besitzen. Hier hätte der Staat durch ein neues Geld*recht*, durch ein neues Boden*recht* die gleichen Startbedingungen herzustellen. Und dann müssen wir es auch wirklich akzeptieren, daß sich der Tüchtige durchsetzt, so daß da durchaus Unterschiede entstehen, aber die sind gar nicht zu vergleichen mit den heu-

tigen Monopolgewinnen. Das Vermögen, das ich durch meine eigene Leistung im Dienste der anderen erwerbe, kann gar nicht so groß sein. Es ist die Aufgabe des Staates vom Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, die Gleichheit im Sozialleben zu gewährleisten; aber in der Wirtschaft heißt es eben nicht Gleichheit, sondern gleiche Startbedingungen.

Dr. Lothar Vogel: Sollten wir nicht an diesem Punkte die Frage klären, warum es zum Bodenmonopol, warum es zum Geldmonopol kommt; denn damit sind wir dann schon mitten in der Lösung des Komplexes. Ich möchte nur soviel sagen: Die Tatsache, daß der Boden nicht vermehrt werden kann, ist doch jedem der Anwesenden vollkommen klar. Darüber ist gesprochen worden, daß diese Unvermehrbarkeit des Grundes, auf dem wir alle leben,die Bonität einer zentralgelegenen Lage übermäßig steigert, sodaß der zufällige Besitzer einen völlig unverdienten Gewinn einstreicht. Das ist also, glaube ich, gar kein Problem. Auf der anderen Seite ist die Frage, wie kommt es zur Monopolstellung des Geldes? Das ist immer eine Sache, über die sehr viel theoretisiert worden ist. Ich glaube immer noch, man kann mit Berechtigung sagen, daß die Idee des Urzinses richtig ist. Vielleicht kann das von jemand anderem noch besser erklärt werden, daß eben alle Waren, die auf dem Markt möglicherweise erscheinen können, einen durchschnittlichen Verderblichkeitsgrad von 5 % aufweisen, und daß dieser Verderblichkeitsgrad die Chance des Warenbesitzers gegenüber dem Geldbesitzer senkt. Der Geldbesitzer hat ein unvergängliches Mittel in der Hand, der Warenbesitzer schon allein durch die Lagerung ein in kürzester Zeit sich selbst entwertendes, sodaß also die Liquidität in Geld eine Überwertigkeit über die Lidiquidität in Ware darstellt. Und diese Gegebenheit erzeugt den seit Jahrhunderten vorhandenen 5 %-igen Überwertigkeitscharakter des Geldes, den Zins, der auf Kosten jedes Arbeitenden irgendwie gefordert werden kann. Ich möchte nicht weitergehen: wir müssen den Begriff des Monopolcharakters des Geldes noch etwas weiter erörtern und die Frage stellen: was heißt es, dem Geld diese Monopolstellung zu nehmen und was heißt es vor allen Dingen dann, ein nicht mehr monopolisierendes Kapital zu haben? Wie wirkt sich das auf die Kreditsphäre aus?

Eckhard Behrens: Ja, was uns aber im Moment interessiert, ist das Verhältnis Staat-Wirtschaft, also nicht die Lösung des wirtschaftlichen Problems. Schauen wir einmal auf das Verhältnis Staat und Wirtschaft: Der Staat stellt ja der Wirtschaft das Geld zur Verfügung; der Staat hat das Geldwesen in jedem Falle zu ordnen. Er stellt durch die Notenbank das Geld zur Verfügung, und er, der Staat, bestimmt per Gesetz, wie das Geld beschaffen sein soll. Nun hat der Staat heute der Wirtschaft ein Geld zur Verfügung gestellt, das Ewigkeitscharakter hat: Das Geld, das ja dann, wenn es der Wirtschaft zur Verfügung gestellt ist, einen wirtschaftlichen Wert darstellt. Nicht wahr, der Hundertmarkschein, den wir in der Tasche haben, dieser Hundertmarkschein, den der Staat in die Wirtschaft einführt, der nun den Waren gegenübertritt, der hat eine Eigenschaft, gegen die

alle diese Waren nicht aufkommen. Er hat, wie Dr. Vogel Ihnen sagte, eine gewisse Überlegenheit.

Hier hat der Staat falsches Recht geschaffen, indem er ein solches Geldwesen installiert hat. Denn das muß die Wirtschaft in Unordnung bringen, nach all den ökonomischen Sachzwängen, von denen wir eben gehört haben. Es ist die Aufgabe des Staates, wenn er das Geld für die Wirtschaft bereitstellt, es so zu gestalten, daß es allen übrigen wirtschaftlichen Werten, die wir haben, entspricht. Es gibt doch nichts auf der Welt außer dem Geld, was irgendwie ewig ist. Alles andere rostet, altert, wird schlecht und ist vergänglich. In der Bibel ist sogar schon davon die Rede, daß keine weltlichen materiellen Werte von ewigem Bestand seien, sondern daß all diese Dinge immer wieder vergehen werden. – Nein, stimmt ja alles gar nicht: Der Staat hats anders gemacht! Er hat etwas geschaffen, was Ewigkeitscharakter haben sollte. Freilich ist dem Staat dies nie gelungen! Immer, wenn ein solches Geldwesen eingeführt war, ist die Wirtschaft in Krisen gekommen, die auch das Geld mit in den Strudel gezogen haben; aber es ist immerhin versucht worden. Die Fiktion bleibt, und das Geld hat auf diese Weise auf die Menschen eine unglaubliche Faszinationskraft ausgeübt. Da ist *doch* ein materieller Wert vorhanden, der Ewigkeitscharakter besitzt, der sich sogar auch noch durch Zinsen vermehrt. Das sind merkwürdige Dinge, die es von Natur her in dieser Weise nicht gibt.

Man muß bedenken, daß allein durch die Dauer, die das so beschaffene Geld in der Menschheitsgeschichte schon hat, viele Einstellungen zu materiellen Werten damit verbunden sein müssen. Einer unserer Freunde hat sogar eine Psychologie des Geldwesens geschrieben; es ist unglaublich interessant, was sich da im Laufe der Zeit alles angeknüpft hat, und man kann nur daran ermessen, wie schwer es ist:

1.) Das Wesen des Geldes und wie es eigentlich beschaffen sein sollte einzusehen. Man muß ganz gewaltig nicht nur sein Denken in die Hand nehmen, sondern auch Emotionen, und die richtigen Einstellungen zu dem gewinnen, wie die Welt geordnet sein sollte. Und

2.) daß es sehr schwer sein wird, davon Menschen zu überzeugen, – daß zum Teil nur die List der Vernunft die Menschen dahin bringt. Eine solche List der Vernunft ist z. B. die leichte Inflation, die man zunächst einmal macht und gar nicht weiß, warum die Wirtschaft dann so gut funktioniert, und erst Jahrzehnte später einsehen wird, was man da Intelligentes geleistet hat.

Wir wollen an der Stelle abbrechen. Aber sehen Sie, das ist das Interessante: Der Staat ist verantwortlich für das Geld, und er hat hier etwas geschaffen, was gegebenenfalls Funktionsunfähigkeit in den wirtschaftlichen Bereich hineinbringt. Er muß diese Entscheidung korrigieren, das ist eine elementare Rechtsaufgabe.

Fritz Penserot: Der Staat hat diese Eigenschaft des Geldes nicht geschaffen, das stimmt nicht. Fairerweise muß man sagen, der Staat hat das Geld übernom-

men. Das Geld war ja nicht in Form von Papiergeld vom Staat gemacht worden, sondern es ist ja in Form von Gold oder Edelmetallen oder Kaurimuscheln oder sonst irgendwie von wertbeständigen Dingen her, die sich geeignet haben, als Tauschmittel verwendet zu werden, entstanden. Das ist uns überkommen seit Jahrtausenden. Diether Vogel sagt immer: denken Sie daran, schon der alte Feuerstein in der Steinzeit ist Geld, ist Tauschmittel und insofern als zinsbringendes Kapital, als ein Mittel, mit dem man Zins erzwingen konnte, verwendet worden. Damit will ich auf Folgendes hinaus: Der Kapitalismus, d.h. die Art des Wirtschaftens, wie wir sie heute haben, bei der nur dann jemand sein Geld zur Verfügung stellt, wenn es ihm einen Ertrag in Form von Zinsen bringt, dieser Kapitalismus ist *kein System,* sondern er ist eigentlich verankert in der Natur der Dinge. Die Natur des Goldes, das im Vergleich zur übrigen Ware unverderblich ist, das aber zum Tauschmittel wird, weil es unverderblich ist, ist aus der Natur der Sache heraus geeignet, von Leuten gebraucht zu werden, um von anderen einen Zins zu verlangen. Das liegt in der Natur der Sache. Es ist nicht erdacht, es ist kein System! Es ist nicht gewollt; es ist nicht konzipiert, wie die Vorstellungen, die Marx, Lenin oder Stalin usw. entworfen haben, sondern es hat sich aus der Natur der Dinge heraus entwickelt auf der Basis des menschlichen Egoismus, der als homo oeconomicus in Zweifelsfällen seinen eigenen Vorteil im Auge hat. Zur Erklärung: wenn ein Paar Schuhe im Schaufenster steht für 39,50 DM, und das gleiche Paar Schuhe in einem anderen Schaufenster für 44,50 DM, dann möchte ich den unter uns sehen, der dann nicht das gleiche Paar lieber für 39,50 DM als für 44,50 DM nimmt, weil es einfach in uns veranlagt ist, mit wenig Mitteln viel zu erreichen. –

Eckhard Behrens: Aber ich möchte doch an der Stelle etwas einfügen, Herr Penserot: Zwar haben sich aus ökonomischen Verhältnissen alle möglichen Formen von Quasi-Geld immer entwickelt, und es ist auch ganz richtig, daß der Kapitalismus etwas Gewuchertes ist und nicht eingeführt wurde. Aber ob irgend ein Mittel als Geld anerkannt wurde, ist immer eine Rechtsfrage gewesen, auch bevor wir den modernen Staat im heutigen Sinne hatten. Also dazu gehört doch immer noch eine rechtliche Anerkennung durch die Rechtsgemeinschaft. Man muß das schon sehen, daß dieses Prinzip immer gegolten hat, daß eine rechtliche Legitimation dahinter gestanden hat. –

Fritz Penserot: Ich war vor dem Krieg in Kano in Nigeria. Auf dem Markt von Kano, einer Stadt mit damals 150 000 Einwohnern, waren nebeneinander als Geld zu sehen: Maria Theresia-Taler, 2-Markstücke mit Kaiser Wilhelm II. darauf, die als Geld verwendet worden sind, da lagen nebeneinander Münzen, worüber jeder deutsche Münzensammler glücklich wäre, wenn er solche finden würde, all das war auf dem Markt in Kano als Münze im Umlauf. Die Rechtsgemeinschaft hat das Pfund Sterling und den Schilling und den Penny anerkannt, und in Wirklichkeit haben die Eingeborenen noch mit Kaurimuscheln gezahlt, 10 Muscheln = 1 Anini, 10 Anini = 1 Penny. –

Dr. Heinz-Hartmut Vogel: Darf ich etwas dazu sagen: das ist sicher alles aus der geschichtlichen Erfahrung sehr interessant; das ist das Herausgewachsensein des Tauschmittels aus diesen Naturgegenständen, aber was eben von Eckhard Behrens gesagt worden ist, ist doch fundamental. Nämlich, was ist nun dieses Geld als Tauschmittel? Das ist ein Rechtselement, ein reines Rechtselement. Die Tatsache, daß sich der Staat es vorbehält, dieses Recht vorbehält, dieses Monopol zu haben, d.h. das Geldausgabemonopol, und daß wirtschaftlich nur dieses anerkannt ist, und daß es auch angenommen werden muß, das bedeutet, daß die Wirtschaft, alle Wirtschaftenden, das ganze Gemeinwesen, alle die, die an der Wirtschaft teilnehmen, alle Menschen überhaupt, daß die auf dieses Rechtselement, dieses Tauschmittel, dieses Maß für ihre Tauschfunktionen angewiesen sind. Das ist sozusagen die Funktionsvoraussetzung für den Tausch, und es ist das Geld – und das ist durchaus im heutigen Geldwesen darinnen – ein Rechtselement der Gemeinschaft, eine Institution der Gesamtwirtschaft, des ganzen Gemeinwesens. Das ist wie eine Art Generalvertrag aller Teilnehmer. Wir sind doch alle auf das Vorhandensein und auf das Zirkulieren des Geldes angewiesen, wie ein Müller, der an einem Fluß sein Mühlrad dreht, was einschließt, daß dieser Fluß auch wirklich fließt und nicht der Müller oberhalb sich diesen Fluß abdreht und ableitet und sagt: jetzt genügt das mal, und der andere hat kein Wasser. Also, es ist eine allgemein notwendige Voraussetzung für den Wirtschaftsprozeß und hat damit Gemeincharakter, ist also ein Rechtselement und ist ein Maß.

Es ist eine ähnliche Institution wie der Grund und Boden, eine Voraussetzung für den Wirtschaftsprozeß, für die Produktivität – wie der Boden eine Voraussetzung ist. Deshalb legen wir so großen Wert darauf, daß von der Rechtsseite her Grund und Boden und das Geldwesen als Voraussetzung der Wirtschaft und des wirtschaftlichen Tausches verobjektiviert, vergesellschaftet sind und nicht in die Monopolisierbarkeit der Einzelnen und in den Egoismus der Einzelnen hinein kommen können, daß sie nicht eigentlich Privatbesitz sein können. Geld hat Lehenscharakter. Wenn ich einen Geldschein habe – und das liegt auch der Geldgesetzgebung zu Grunde – darf ich den Geldschein nicht vernichten. Dann werde ich bestraft; der gehört der Gemeinschaft. Wie kommt es aber, daß ich ihn monatelang in der Tasche behalten kann? Sehen Sie, das ist genau so gemeinschaftsschädigend, wie wenn ich ihn vernichten würde. – Soviel wollte ich über den Rechtscharakter des Geldes sagen.

Eckhard Behrens: Nun sollten wir übergehen zu anderen Beziehungen innerhalb des Sozialkörpers als Ganzem, insbesondere zum Verhältnis des Staates zur Kultur. Denn ich glaube, daß es nicht unwesentlich ist, daß wir auch das beleuchten. Wollten Sie damit anfangen? –

Manfred Klein: Wenn Sie gestatten, hätte ich hier eine Frage: Dürfen Steuergelder, Gelder, die der Allgemeinheit gehören, nur überparteilich verwendet werden? oder dürfen sie auch solchen Bildungsinstitutionen gegeben werden,

die lediglich ihre eigenen begrenzten Ziele verfolgen? mit anderen Worten: Was ist höherwertig: Diese Überparteilichkeit in dem Sinne, daß der Staat möglichst wenig eingreifen soll in das Gebiet der Kultur, oder ist es höherwertig, daß sich die jeweiligen Institutionen in ihrem Engagement freier bewegen können und dabei nicht auf die jeweils gerechte Vertretung kontroverser Ansichten achten müssen?

Dr. Lothar Vogel: Das Problem stellt sich ja zum Beispiel bei der Finanzierung freier Schulen. Freie Schulen können sich nicht selbst finanzieren. Von den Eltern her gesehen besteht aber ein Anspruch, daß sie in der Finanzierung ihrer Kultureinrichtungen über die dem Staat überlassenen Steuergelder auch ihre Kultureinrichtungen für ihre Kinder beanspruchen dürfen. Und selbstverständlich im Sinne des Elternrechtes müssen diese freien Schulen eine Einrichtung sein, die, obwohl staatliche Beihilfen gegeben werden, weil sie ja als gleichwertig anerkannt sind, trotzdem eine vollkommen freie Pädagogik ausführen dürfen. Das wird vom heutigen Rechtsstaat bereits anerkannt. Trotzdem haben wir eine Empfindung dafür, daß das ein Umweg ist. Daß der Staat erst diese Steuergelder empfängt, daß sie dann der freie Bürger für seine Kulturinstitutionen vom Staat zurückerbitten muß; das ist ein Umweg, der die freie Kultur zwar garantiert, aber nicht ganz sicherstellt, weil der Staat als Rechnungshof prüfen muß, ob diese Kultureinrichtung auch diese Gelder nicht veruntreut. Also dieser Umweg schafft eine Problemfalle, und diese Problemfalle wird immer auch einmal wieder die freie Kultur belasten. Nun meine ich, daß in unserer heutigen Situation der Freiheitsgedanke doch so stark ist, daß wir ihn zunächst aus dieser Improvisation, in der wir die Sache jetzt handhaben, in der Zukunft vielleicht einmal dahin bringen, daß doch ein Weg gefunden werden kann, die volle wirtschaftliche Kompetenz des Bürgers wieder soweit zu erreichen, daß er seine Kulturinstitutionen voll und ganz alleine und autonom tragen kann. Dann muß aber der Staat auf die eingenommenen Steuergelder, die er heute noch einnimmt für diesen ganzen Sektor, Verzicht leisten. Nun, das wäre gar nicht so arg schlimm, wenn man bedenkt, daß dieser Staat für die Kultur gerade ganze 3 Milliarden ausgibt. Wenn er diese 3 Milliarden aus seinem Steueraufgebot herausließe, und sie der Bürgerschaft zurückdelegieren würde nach irgendwelchen Schlüsseln. ...

Fritz Penserot: Richtig wäre, wenn er die Steuer erst gar nicht einnehmen würde. –

Dr. Lothar Vogel: Dann würde unbedingt für diese Kultur der direkte Weg langsam betreten.

Eckhard Behrens: Ja, das war aber nicht die Frage.

Fritz Penserot: In diesem Fall tritt der Staat ein für das noch nicht funktionierende Informationswesen auf freiheitlicher, rein kultureller Grundlage. Das ist meiner Ansicht nach in diesem Falle völlig legitim, da diese nötige politische Information bislang in unzureichendem Maße an die Bürger herangetra-

gen worden ist. Da ist der Staat subsidiär für die mangelnde politische Bildung eingetreten. Zum Problem: Würde er nun die Gruppen stärker finanzieren, die mehr leisten, sich mehr engagieren, mehr tun, als andere Institutionen, die in dieser Hinsicht weniger tun und vielleicht überflüssig sind – da muß ich sagen, gerechterweise kann der Staat nur nach dem Prinzip der Gleichheit über Gerechte und Ungerechte mit der Gießkanne die Groschen verteilen. Ich sehe nicht, welches Kriterium der Staat zur Verfügung hätte, zu differenzieren. Da müßte man schon in die ganze geistige Problematik hineinsteigen und damit aus dem Bereich der Gerechtigkeit = Gleichheit = Staat heraustreten, man müßte zum Bereich Kultur Stellung beziehen, und das kann der Staat meiner Ansicht nach nicht. Es müßte also, so wie ich es sehe, bei dem Gießkannenprinzip bleiben. –

Diether Vogel: Dabei bilden die verfassungsfeindlichen Richtungen eine Ausnahme.

Eckhard Behrens: Man kann vielleicht noch etwas spezieller versuchen, etwas zum Problem der Überparteilichkeit einer solchen finanziellen Förderung zu sagen. – Wenn der Staat politische Bildung fördert, ist ja nun die allererste Sorge: da sorgen also die etablierten Parteien im Bundestag dafür, daß die Propagierung ihrer politischen Ansichten finanziert wird. Diese Form der Überparteilichkeit, daß nicht direkt für eine konkrete, bestehende Partei Propaganda gemacht wird, die muß natürlich gewährleistet sein. Andrerseits ist es für den kulturellen Bereich und also auch für den ganzen bildungspolitischen Bereich einfach eine essentielle Notwendigkeit, daß dies mit Engagement geschieht. Und Engagement ist immer etwas, was zumindest in der Form oft nicht den Eindruck der Überparteilichkeit wahrt. Derjenige, der sich engagiert, ergreift eben Partei. Es soll nur nicht ein Parteiergreifen sein für eine der installierten, politischen Parteien im Bundestag, also eine direkte Wahlhilfe oder etwas Ähnliches. Und nun kommen Sie einfach in die Schwierigkeit, gerade das Engagement beurteilen zu sollen. Da wird es schwer, und Sie müssen in jedem Zweifelsfall auf das Gießkannenprinzip, wie Herr Penserot es begründet hat, rekurrieren. Aber man sollte doch den Versuch machen, diesen Begriff der Überparteilichkeit ein wenig zu differenzieren, um dem Umstand gerecht zu werden, daß in diesem Bereich Engagement nötig ist und Engagement, wo es einmal auftritt, auch besonders gefördert werden sollte. –

Manfred Klein: Nur eine konkrete Frage noch. Ich darf nur am Rande erwähnen, daß selbst die Frage der Überparteilichkeit zwischen den *Parteien* Streit verursacht hat, weil man darauf bestand, daß, wenn eine Partei über die andere spricht, wenigstens auch die andere Partei gehört wird. Aber wie würden Sie das Problem bei der Frage der Mitbestimmung lösen, wo es ja mindestens zwei, eigentlich drei oder vier verschiedene Ansichten dazu gibt? Wenn also ein Seminar durchgeführt wird mit dieser Frage, sollte man darauf bestehen, daß alle diese hauptsächlichen Ansichten wenigstens dabei vertreten werden, um den Teilnehmern ein möglichst hohes Maß allseitiger Information zu geben?

Fritz Penserot: Obwohl ich gegen „Mitbestimmung" bin, würde ich sagen, ja.

Eckhard Behrens: Ich kann mir natürlich auch schlecht eine sachgerechte Darstellung eines ganzen Seminars über Mitbestimmung vorstellen, ohne daß man das Anliegen derjenigen, die für Mitbestimmung sind, entweder selbst in sachgerechter Weise darstellt oder – noch besser – darstellen läßt durch einen Vertreter dieses Anliegens. Da würde es meines Erachtens prinzipiell genügen, wenn eine Institution nicht direkt auf dem Boden einer der unmittelbar Kampfbeteiligten steht: im Kampf um die Mitbestimmung wird man wohl verlangen müssen und vielleicht sogar rechtlich durchsetzen können, daß sie Vertreter der Gegenmeinung sprechen. Bei Institutionen, die, wie unser Seminar, auf einem unabhängigen Boden stehen, wird man vielleicht eine solche Voraussetzung nicht zu machen brauchen. Es kommt immer darauf an, wer redet über was. – Wir sollten jetzt fortfahren mit dem Problem Staat und Kultur.

Dr. Heinz-Hartmut Vogel: Lothar Vogel hatte noch den Wunsch, etwas zu ergänzen über den freien Zugang zum entmonopolisierten Geld.

Dr. Lothar Vogel: Ich möchte noch einen Satz dazu sagen: Wir müssen uns die Frage stellen: wie weit würde eine entmonopolisierte Wirtschaft die soziale Frage auf wirtschaftlichem Gebiet überhaupt lösen? Die Frage ist mir außerordentlich wichtig, und wir müssen uns einmal klar sein darüber, daß ein verknappter Kredit eigentlich das ist, was wir Kapitalismus nennen. – Welche Auswirkungen hätte ein den wirtschaftlichen Bedürfnissen angemessener, allgemein zugänglicher Kredit auf den Unternehmergeist? Beispielsweise wird derjenige, der vielleicht bis jetzt seine Drehbank innerhalb einer Firma hatte, plötzlich die Chance haben, sich zu verselbständigen, sodaß wir dann schließlich dahin kommen – und ich möchte das doch noch einmal aussprechen als eine Fernsicht –, daß es so etwas geben könnte wie ein allgemeines Unternehmertum der Fähigen. Das Problem lautet dann nicht mehr: hier Proletariat und Arbeitnehmer und hier Arbeitgeber, sondern es ist die freie Initiativchance aller Fähigen zu einer selbstgewählten, wirtschaftlichen Position gegeben. Das hat zur Voraussetzung den freien Kredit, den Zugang zur Kreditsphäre, also den Übergang vom Realkredit zum Personalkredit, der nur möglich ist, wenn der Zinsfuß eine entsprechende Senkung erfährt.

Fritz Penserot: Auch heute haben Leute, die Unternehmungsgeist besitzen und die einen guten Gedanken haben und ihre Position kennen, durchaus die Möglichkeit, sich selbständig zu machen. Auch ohne Geld. Wer sagt, es stimme nicht, hat es nicht probiert. Ich kann es nur aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß es so ist. Es gibt tausend und aber tausend Möglichkeiten, wo Sie Personalkredit bekommen, auch heutigentags. Der Unterschied ist lediglich der, daß Sie heute nominal 7–8 % Zinsen bezahlen müssen, was real etwa nur 4 % ausmacht, und daß, wenn die Kapitalvermehrung fortschreitet und das Kapital dadurch billiger wird, man es in Zukunft dann nicht mehr zu 4 1/2 % real bekommt, sondern für weniger. Der Tat nach kann man es auch heute, darüber

besteht kein Zweifel, man bekommt auch heute Personalkredit. Ach, es gibt *zahllose Firmen, die die nötigen Produktionsmittel leihweise für lange Zeit* zur Verfügung stellen. Entscheidend ist die Initiativkraft des Einzelnen, der das Risiko auf sich nimmt. Und alle Leute, die noch nie Risiko auf sich genommen haben, können es im Grunde genommen gar nicht beurteilen, wie großartig und wie schwer es gleichzeitig ist. Das Risiko auf sich zu nehmen, ist genau so gut wie der Sprung ins kalte Wasser, wenn Sie zum ersten Mal glauben, Sie könnten schwimmen. Das ist genau dasselbe wie wenn Sie Initiativkraft aufbringen und die Freiheit – verbunden mit der Verantwortung = Risiko – auf sich nehmen. Ich habe alle Hochachtung vor jedem Unternehmer, der den Punkt des Absprungs ins kalte Wasser findet.

Dr. Lothar Vogel: Ja, das möchte ich aber zum Sozialprinzip erhoben wissen, und ich meine, daß man da scharf und deutlich sieht, wie der Sozialismus die Initiative generell herabmindert. Und dann wundert man sich nicht mehr, warum in allen sozialistischen Ländern die Produktion immer schlechter und schlechter wird.

Eckhard Behrens: Ich will es mir verkneifen, das, was Sie ausgeführt haben, noch mit konkreten Beispielen zu ergänzen. Die Sache, auf die wir jetzt vielleicht noch einen kurzen Blick werfen sollten, zusammenfassend, ist das Verhältnis von Staat und Kultur und von Wirtschaft und Kultur. Lassen Sie mich das ausführen: Es ist heute jedem selbstverständlich, daß eine Demokratie nur funktionieren kann auf der Basis der Pressefreiheit, daß wir eine gute Informationsfreiheit, daß wir einen freien Prozeß der Meinungsbildung haben. Noch all zu Wenige haben gesehen, daß dieser Prozeß der Meinungsbildung wirklich von Grund auf frei sein muß, daß, wenn dieser Prozeß der Meinungsbildung seine volle Dynamik erhalten soll, man ihn auch dort freilassen muß, wo er seinen *Anfang hat, nämlich dort, wo die Kinder zur Schule gehen. Das ganze* Bildungswesen, das ganze Hochschulwesen muß ein freier Prozeß der Meinungsbildung und Bildung von Anschauungen werden. Und dieser Prozeß muß durch die Freiheit dynamisiert werden, wie die Freiheit in allen Sozialbereichen zu einer Dynamisierung geführt hat, sowohl als demokratische Freiheit im Staat, als auch als marktwirtschaftliche Freiheit im wirtschaftlichen Bereich – erst recht im kulturellen Bereich! Hier wirkt jede Befreiung ganz besonders dynamisierend. Es kann ein freies Staatswesen, ein demokratisches Staatswesen auf den freien Zufluß von Ideen, auf den vorgeschalteten gesellschaftlichen Prozeß freier Meinungsbildung gar nicht verzichten. Und dieser Prozeß darf nicht bloß ein jeweils momentaner sein, sondern er muß tiefgestaffelt in die Gesellschaft hineingehen, und das kann er ganz langfristig nur über ein funktionsfähiges, freies Bildungswesen. Das ist die eine entscheidende Chance: Ein freies Bildungswesen wird immer nur existieren zusammen mit einem demokratischen Staat. Wir erwähnten schon: kein totalitärer Staat kann sich ein freies Bildungswesen erlauben. Auch das ist ein schöner Beweis dafür, daß der demokratische

Staat im Grunde der natürliche Verbündete eines freien Kulturlebens ist. Hier bestehen einfach Bezogenheiten.

Man könnte nun noch zeigen, daß gewisse Kriterien, die wir an den modernen Staat stellen – er soll föderalistisch sein, er soll rechtsstaatlich sein – daß auch diese Kriterien sich nur verwirklichen lassen zusammen mit einem freien Kulturleben und mit einem staatsfreien Wirtschaftsleben. Ein föderalistischer Staat denaturiert, so wie unsere föderalistische Ordnung, insbesondere im kulturpolitischen Bereich, degeneriert ist, weil der kulturelle Bereich nicht richtig freigelassen wird. Ein föderalistischer Staat ist nicht in der Lage, eine zentralgeplante Wirtschaft auf die Beine zu stellen. Er ist als föderaler Staat zu sehr aufgefächert, zu differenziert, um eine zentrale Wirtschaft sinnvoll zu führen. Er ist als föderaler Staat entweder nicht in der Lage, eine zentrale Planung herzustellen, oder er muß sich deformieren zu Formen, die den Namen Föderalismus im Grunde gar nicht mehr verdienen, wenn das Wirtschafts- oder Kulturleben zentral geplant werden soll. Diese Hinweise mögen soweit genügen.

Zum Schluß etwas, was unterstreichen soll, wie wichtig unsere wirtschaftlichen Ausführungen im Endeffekt sind: Wer ein freies Kulturleben will, der muß für eine freie Finanzierung dieses Kulturlebens Sorge tragen. Alle Finanzierungen auf einem Umweg über den Staatshaushalt sind immer nur eine Krükke für jedes freie Schulwesen, für jedes freie Hochschulwesen, für jede sonstige freie kulturelle Unternehmung. Es ist ein Hilfsmittel; es ist immer verbunden mit einer Beurteilung dieser Institution durch den Staat und damit entweder einer Privilegierung – indem es staatliche Mittel gibt – oder einer Unterprivilegierung – indem die staatlichen Mittel mangels „Standard" nicht gegeben werden können, so wie wir heute im Privatschulwesen immer die Prüfung der Gleichwertigkeit der Privatschule mit den entsprechenden öffentlichen Schulen haben – eine Entscheidung, die im Grunde jeden vernünftigen Menschen ganz glatt überfordert. Da kann man nur so grob über den Daumen peilen, und man kann nur immer hoffen, daß derjenige, der durch die Rechtsordnung an die Stelle gestellt worden ist, wo diese Entscheidung zu fällen ist, einigermaßen Sinn für die Freiheit hat und nicht der gerade zu verwirklichenden Privatschule irgendwie nicht gewogen ist und seine Stellung feindlich ausnützt, was ihm praktisch nicht nachzuweisen wäre. Nun, Sie sehen hier, dieses Beurteilungskriterium kommt stets herein. Wir haben das auch deutlich ausgesprochen hinsichtlich der Vorschläge zum Problem der Finanzierung, die Herr Heidt gemacht hat.

Was möglich werden muß, ist, daß der Wirtschaftsprozeß und mit ihm das Geldwesen so geordnet sind, daß

1.) ein hoher Wohlstand entsteht, aber daß auch

2.) die Menschen veranlaßt werden durch ihre Interessenlage, Geld auszugeben für kulturelle Dinge. Es wird doch auch heute Geld für die kulturellen Dinge ausgegeben. Es wird doch eine Menge Geld ausgegeben, und es geschieht auch auf Grund demokratischer Mehrheitsentscheidung; denn es wollen doch alle Leute,

daß das Geld ausgegeben wird. Ja, warum tun sie's nicht, wenn man ihnen das Geld als Einzelnen überläßt? Sie tun's nicht, da können wir sicher sein! Sie behalten es zum größten Teil; es würde nicht im selben Umfang für kulturelle Zwecke zur Verfügung stehen. Warum nicht? Weil das Lenkungsinstrumentarium, das Geld als solches, die Menschen nicht dazu motiviert, es zu tun! Das hängt eben davon ab, daß dieses Geldphänomen, dieses Zinsphänomen bewältigt wird. Lassen Sie mich das in einigen Sätzen ausführen: Man kann sein Geld ausgeben, indem man sich etwas dafür *kauft*; man kann es ausgeben, indem man es *verleiht*; und man kann es ausgeben, indem man es *verschenkt*. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß finanzielle Vermögenswerte erst dann in großem Umfang verschenkt werden, wenn die Wirtschaft dieses Geld nicht mehr ansaugt durch einen hohen Zinssatz, wenn einmal diese Faszination, daß hier Ewigkeitswerte, materielle Ewigkeitswerte vorhanden sind, wenn diese Faszination gebrochen ist. Deshalb kommt es so entscheidend darauf an, daß das Geld seinen Ewigkeitscharakter verliert. Es wird dann den Menschen leichter fallen, sich davon zu lösen und es kulturellen Zwecken zur Verfügung zu stellen. Wir haben das in allen Inflationszeiten beobachten können; damals stand das Geld für kulturelle Zwecke freiwillig in viel größerem Umfang zur Verfügung als in allen deflationären Zeiten und in allen Zeiten eines „ewigen Pfennigs", eines ewigen Geldes, oder gar eines hohen Zinses. Da liegen Funktionszusammenhänge vor! Man muß sehen, daß nur mit einer bestimmt geordneten Wirtschaft das Kulturleben frei zu finanzieren ist durch Schenkungen erheblichen Umfanges.

Deshalb ist es so wesentlich, daß man nicht einfach sagt: Wir wollen das Kulturleben befreien! Und dann fehlt die finanzielle Grundlage. Es ist wesentlich, daß man sich hier klar macht, daß es zu einer erheblichen Gefahr führen kann, wenn man die Wirtschaft so sinnvill einrichtet, daß sie immer mehr prosperiert, daß es keine Konjunktureinbrüche mehr gibt, daß die Leute enorm verdienen. Was tun sie nun mit ihrem Geld, was tun sie nun mit ihrer Freizeit? Das Kulturleben wird staatlich reglementiert; da kommt keiner rein, der nicht schon mit 20 Jahren die nötige Berechtigung dafür erworben hat, daß er in diesem Bereich den Mund aufmachen darf. Wir müssen sehen, daß auch hier eine notwendige Interdependenz besteht. Der zunehmende Wohlstand wird uns in die Gefahr führen, einen zunehmenden Freizeitrummel zu bekommen, einen wirklichen Jahrmarkt unbeschreiblichen Ausmaßes auf der Basis unseres Wohlstandes – wenn nicht ein *freies* Kulturleben dieser freien Wirtschaft gegenübersteht! Ein *freies* Kulturleben, das stets auf Geld angewiesen ist, das um Spenden werben muß, das genötigt ist, den Menschen zu sagen: Gebt euer Geld für sinnvollere Zwecke aus. Das den Menschen sinnvolle Ziele vor Augen führt; das ihnen immer wieder damit entgegentritt: helft hier, helft dort. Ihr könnt es durch persönliches Engagement. Helft uns, hier eine solche Tagung organisieren. Helft mit persönlichem Einsatz; wenn Ihr das nicht wollt, wenn Ihr das nicht könnt, helft uns mit Eurem Geld, das Ihr im Überfluß im Wirtschaftsprozeß verdient

habt. Das ist ein Korrektiv, das eine prosperierende Wirtschaft unbedingt braucht. Wir können uns ohne weiteres vorstellen, in welche merkwürdigen Zustände wir hineingleiten, wenn es gelingt, die Wirtschaft auf das Prosperitäts-Niveau zu führen, das wir erreichen müssen, und es aber nicht gleichzeitig gelingt, das Kulturleben zu befreien und so zu aktivieren, so aktiv zu machen, daß die Menschen ihre gewonnene Freizeit und ihr dazugewonnenes Vermögen einsetzen für sinnvolle, kulturelle Aufgaben. –

Das Trinitätsgesetz im Lichte Goethescher Dichtung

aus „Freiheitliche Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft"

von Diether Vogel[1]

„Ob ich helfen kann, weiß ich nicht; ein Einzelner hilft nicht, sondern wer sich mit vielen zur rechten Stunde vereinigt. Aufschieben wollen wir und hoffen!" (Goethe, „Märchen")

Die von *Goethe* entwickelte Metamorphosenlehre, deren Grundlage das „Gesetz von Polarität und Steigerung" ist, erweist sich als lichtbringende Schlüsselidee bei der Erforschung vieler Daseinsgebiete und Lebensprobleme. Das Prinzip der „Dreigliederung" hat urbildliche Bedeutung für jegliche Entwicklung, sowohl bezüglich des „Was" als auch des „Wie". Das trinitarische Prinzip war den Alten schon längst bekannt in dem mythischen Symbol der *heiligen Dreifaltigkeit* oder *Dreieinigkeit*. Die Einheit vermag sich immer nur zu offenbaren in der Dreigliederung, und die Dreiheit ist jeweils die höhere Einheit. Drei Grundwesenskräfte sind im Universum tätig, die sich – wiederum nach dem Gesetz der Drei – gestaltend und umgestaltend offenbaren. Um dieses universelle Gesetz der Trinität zu finden, muß Faust den abenteuerlichen Gang ins Reich der „Mütter" unternehmen, der in allem Sein sich abbildenden Archetypen, die er im „tiefsten, allertiefsten Grund" beim Schein des glühenden Dreifußes erkennen kann: „Gestaltung, Umgestaltung, des ewigen Sinnes ewige Unterhaltung" ist ihr Wesen und Wirken zugleich. – Den Dreifuß bringt Faust mit in die Welt des wachen Bewußtseins herauf, der ihn nun befähigt, die der Welt zu Grunde liegenden Urbilder im hellen Tagesbewußtsein aufleuchten zu lassen. In seiner Naturschau und in seiner Dichtung gleichermaßen bedient sich Goethe der trinitarischen Methode als Erkenntnisschlüssel und als Gestaltungsprinzip. Wir versuchen bei ihm zu lernen, indem wir uns zuerst in seine Methode übend vertiefen, bevor wir sie auf das Gebiet des sozialen Organismus anwenden. Hier seien die Ergebnisse solcher Betrachtungen zu derjenigen von Goethes Dichtungen in Beziehung gesetzt, in der als „offenbares Geheimnis" die in allem Schaffen tätigen Wesen und Kräfte realsymbolisch ihr Wirken offenbaren: zu dem *„Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie"*.

Es ist nicht schwer, in den drei Königen des „Märchens", dem goldenen, dem silbernen und dem ehernen, die Bilder der drei Grundprinzipien zu erkennen, die den vielfältigen Metamorphosenvorgängen zu Grunde liegen, und von denen wir hauptsächlich die im sozialen Organismus wirksamen betrachten. Außer den erhabenen Bildsäulen der drei Könige gibt es noch die eines vierten, zu Beginn aufrechtstehenden, der aus den drei Metallen Gold, Silber und Erz in unregelmäßiger und unharmonischer Weise gemischt ist und der *jünger* erscheint als jene.

1) Dieser Aufsatz findet sich in Heft 16, S. 381, als Abschluß der Gesamtarbeit.

Die unregelmäßige, chaotische Mischung der drei sozialen Funktionen trat erst in der *neueren* Zeit im zentralistischen Einheitsstaat auf, in welchem die polaren Kräfte des sozialen Lebens sich gegenseitig hemmen, aufheben oder zerstören. Der Einheitsstaat erweist sich als das Zerfallsergebnis der alten orientalischen Theokratie, bei der ursprünglich die exakte Gliederung der Menschen in die drei Kasten oder Stände durchgeführt war. Ihm entspricht der „jüngste", der „gemischte" König des Märchens. Unter den drei älteren Königen ist wiederum der eherne der *„jüngste"*: Von den drei funktionellen Gliedern des sozialen Organismus entwickelt sich im Verlauf der Geschichte zuerst das geistig-kulturelle, dann das rechtlich-politische und *zuletzt* erst, als das jüngste Glied, der *wirtschaftliche* Bereich. Auf die Frage des ehernen Königs, wann er aufstehen werde, antwortet der „Alte mit der Lampe": „Bald!" Und weiter erhält er auf seine Fragen zur Antwort, er solle sich mit seinen älteren Brüdern verbünden, während der gemischte König,der bisher als einziger aufrecht stand, der aber behauptet, nicht müde zu sein, gesagt bekommt, er werde sich setzen. –

Der eherne König stellt die meisten Fragen an den „Alten mit der Lampe". Bei ihm setzt offenbar die Initiative ein zu der Entwicklung, welche die drei Könige durchzumachen haben: Sobald *er* aufstehen und sich mit seinen älteren Brüdern verbinden wird, wird der jüngste, der gemischte König, sich setzen müssen. In diesem Augenblick der Entwicklung, wo der eherne König seine Fragen stellt, hat der goldene schon das neue Licht, welches die Schlange verbreitet, wahrgenommen, und das Reich des silbernen Königs, welches „spät oder nie" enden wird, besteht bereits.

Unsere Untersuchungen zeigen, daß die Strukturänderung der Wirtschaft von der tierhaften Selbstversorgungswirtschaft zur brüderlichen Assoziationswirtschaft die Entwicklung zur Sozialen Dreigliederung und zur Auflösung des Einheitsstaates einleitet, indem die Impulse zu diesem „sozialorganischen" Gesundungsprozeß nur von der Initiative freier Persönlichkeiten ausgehen können. In der gegenwärtigen Kulturepoche, in der das Prinzip der konsequent arbeitsteiligen Wirtschaft erst ausgebildet werden muß, können die grundlegenden Umwandlungen auch nur bei der Wirtschaft einsetzen: das freie, auf die Einzelpersönlichkeit sich stützende Geistesleben besteht bereits in wesentlichen Keimen, das Licht der Schlange leuchtet schon, so daß nun auch die Lampe des „Alten" scheinen darf; der Staat, der sein demokratisches Wesen schon im griechisch-römischen Zeitalter entwickelt hat, muß sich auf die reinen Rechtsfunktionen beschränken – (das Reich des silbernen Königs besteht und endet „spät oder nie"); die Wirtschaft allein muß aus geistigem Erkennen die ihrem ureigenen Wesen gemäße, d.h. die assoziative Struktur bekommen durch neues Boden-, Arbeits- und Geldrecht – (der eherne König soll sich mit seinen älteren Brüdern verbinden, dann wird der jüngste, der gemischte, sich setzen!). –

Der „Alte mit der Lampe" kennt die Geheimnisse der drei Könige; aber das vierte, das „offenbare" Geheimnis, kann nur die Schlange lösen, weil es von

ihrem eigenen freien Entschluß abhängt. *Sie* beschließt sich aufzuopfern, ehe sie geopfert wird. Die Schlange ist diejenige Kraft, die den die beiden nachbarlichen Ufer voneinander trennenden Strom zu überbrücken, d.h. die auseinanderklaffenden Teile der Welt wieder miteinander zu verbinden vermag. Seit alters symbolisiert der mit der Schlange umwundene Stab die heilenden und versöhnenden Merkurkräfte. Hier im „Märchen" repräsentiert die Schlange, die diesseits des Stromes wohnt, die Erkenntniserfahrung, die sich zwar *mehr diesseits* betätigt, die aber in der „Mittagszeit", d.h. bei gehobener Bewußtseinslage, *die Brücke nach dem jenseitigen Ufer zu schlagen vermag. Diese sinn*lich-übersinnliche Denkerfahrung hat beschlossen, sich zu opfern, d.h. sich selbstlos in den Dienst der Weltentwicklung zu stellen. Erst als sie diesen ihren Entschluß dem „Alten mit der Lampe" ins Ohr „zischt", weiß er, daß es „an der Zeit" ist und die notwendige Entwicklung nun vonstatten gehen kann. Nacheinander stehen nun der goldene, der silberne und der eherne König auf, indessen der gemischte in sich zusammensinkt, weil die „Irrlichter" inzwischen das ganze Gold, welches ihn in unregelmäßigen Adern durchzog, aus seinem Körper herausgeleckt haben. Der „Alte mit der Lampe" führt nun den Jüngling, der durch unzeitgemäße Berührung mit der Lilie gelähmt worden war, nacheinander den drei Königen zu, die ihn durch ihre Gaben neu beleben: *Zuerst* bekommt er beim ehernen König das Schwert, indem dieser die Worte spricht: „Das Schwert an der Linken, die Rechte frei!" Das Erz hat *passiv* zu dienen, die *Rechte* bleibt frei zur Arbeit! Es ist die Aufgabe der „ehernen Sklaven", zu dienen; nicht zum Kämpfen darf die Maschine mißbraucht werden! Als zweiter überreicht der silberne König dem Jüngling das Szepter, indem er sagt: „Weide die Schafe!" Hier *spricht dasjenige soziale Prinzip, welches die Beziehungen der differenzierten* Menschenwesen miteinander in Harmonie bringt, nämlich das Recht. Der goldene, der Weisheitskönig, drückt dem Jüngling den Eichenkranz aufs Haupt mit den Worten: „Erkenne das Höchste!"

Die drei Könige erscheinen als voneinander getrennte selbständige Wesen, aber im Jüngling wirken ihre Gaben harmonisch zusammen, so wie im dreigegliederten sozialen Organismus jeder Einzelmensch an den Funktionen der drei untereinander säuberlich geschiedenen Glieder teilnimmt, deren Kräfte im Menschen und durch ihn zur Harmonie und zur höheren Einheit gebracht werden.

Es ist der *eherne* König, der die *tatsächliche* Entwicklung vorher einleitet, indem er als *erster* den Jüngling begabt, während die drei Könige ihre Fragen an den „Alten mit der Lampe" in der umgekehrten Reihenfolge gestellt haben. Die Erkenntnis muß jeder Praxis vorangehen – die Frage des goldenen Königs muß vor der des silbernen und der des ehernen Königs beantwortet sein. Aber der aus eigenem freiem Entschluß geopferten Schlange ist diese ganze Entwicklung zu verdanken. Die Erkenntnis muß zuerst selbstlos werden, bevor die Harmonie der sozialen Kräfte erreicht werden kann: Der Mensch muß lernen, sachlich und um ihrer selbst willen nach der Wahrheit zu fragen, wenn er fähig wer-

den will, die Wirklichkeit zu meistern. Was ist aber aus den häßlichen Resten des zusammengesunkenen gemischten Königs geworden, nachdem die drei älteren Könige sich erhoben haben? : „...wer es auch mochte gewesen sein, wohlmeinende Bescheidenheit hatte eine prächtige Decke über den zusammengesunkenen König hingebreitet, die kein Auge zu durchdringen vermag und die keine Hand wagen darf zu heben." „*Wohlmeinende Bescheidenheit!*" wird die Haltung den überwundenen Mächten der Retardierung gegenüber sein müssen, wenn endlich in der Welt Haß und Rache zur Ruhe kommen sollen. –

In der Mitte des XVIII. Jahrhunderts sind zum erstenmal, wahrscheinlich aus rosenkreuzerischen Quellen fließend, die drei großen Ideale Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit genannt worden. Sie konnten damals noch nicht aus der ideellen in die soziale Wirklichkeit heruntersteigen. Ein zweites Mal tritt die trinitarische Idee in die künstlerischen Bilder der drei Könige gekleidet in Goethes „Märchen" in die Welt. Auch Goethe kannte das Rosenkreuzertum, wie sein Fragment „Die Geheimnisse" zeigt: „Es steht das Kreuz mit Rosen dicht umschlungen, wer hat dem Kreuze Rosen zugesellt? " – Aber auch die ganze Art von Goethes Forschen entsprach dem Rosenkreuzerischen Ideal, welches Geisterkenntnis und Naturerkenntnis in harmonischer Beziehung miteinander pflegen wollte.

In der Idee von der Dreigliederung des sozialen Organismus sind die sozialen Urgedanken auf die Ebene praktisch realisierbarer Erdenwirklichkeit heruntergestiegen, darauf wartend, von den Menschen guten Willens aufgenommen zu werden.

Während das bedeutungsvolle Wort „es ist an der Zeit" im „Märchen" zum erstenmal aus dem Munde der „Alten", der Gemahlin des „Alten mit der Lampe", erklingt (die hier etwa die irdische Weisheitstradition symbolisiert), das zweite Mal durch die Schlange, die Denk- und Erkenntniskraft, welche die „großen Worte" im Tempel ertönen hört, werden sie das drittemal durch den „Alten mit der Lampe" – durch die universelle Weisheitsmacht selbst – ausgesprochen, der damit die Entwicklung im Tempel einleitet. Ob er helfen kann, weiß er aber erst dann, wenn die Schlange den Entschluß gefaßt haben wird, sich zu opfern. –

Sobald genügend viele Menschen sich zu aktiver, aber selbstloser Erkenntnis entschlossen haben werden, wird der große Tag anbrechen, an dem dreimal das Wort ertönen wird:

„Es ist an der Zeit!"

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 78

Michaeli 1969

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch Lothar Vogel
Postverlagsort: 65 Mainz

Die mitarbeitenden Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst.

Für nichtverlangte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden.

„Fragen der Freiheit", herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur (Sitz: 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfgang-Straße 13b) erscheint sechsmal im Jahr. Wirtschaftliche Interessen sind mit der Herausgabe nicht verbunden. Der Druckkostenbeitrag ist so bemessen, daß sich die Schriftenreihe gerade selbst trägt.
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur durch Dr. Lothar Vogel, 79 Ulm, Römerstraße 97.
Bezugspreis: für das Einzelheft Richtsatz DM 2,50, für das Doppelheft DM 5,–
Bezug: „Fragen der Freiheit", 6554 Meisenheim/Glan, Herzog-Wolfg.-Str. 13 b, Tel. (0 67 53) 6 69
Postscheck: Seminar für freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, des Staates und der Kultur, 6554 Meisenheim, Konto-Nr. 261 404 Postscheckkonto Frankfurt a. Main.
Banken: Volksbank Meisenheim Konto Nr. 5611 – SAG-Konto 7474 [SAG-Verein (Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit)] Volksbank Bad Reichenhall, Zweigstelle 8228 Freilassing, Vredestraße 7
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers